

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 24. März. In Wetzlauka ist nach Berichten an das hiesige Gesundheitsamt am 21. März ein neuer Pestfall vorgekommen, nachdem am 15. März die Sperrung aufgehoben worden war. Wahrscheinlich eingeschleppt. Dr. Sommerbrodt ist dort anwesend.

* Kiel, 24. März. Der Geburtstag Sr. Maj. des Kaisers ist überall in Schleswig-Holstein auf die fröhlichste Weise begangen worden. — Der Marineminister General v. Stosch ist hier selbst eingetroffen; derselbe hat heute die in Kiel und Friedrichsort stationierten Marineabteilungen inspiziert und wird sich morgen nach Wilhelmshaven begeben. — Der provinzialhändische Ausschuss hat anlässlich der bevorstehenden Goldenen Hochzeit des Kaisers beschlossen, 6000 M. zur Unterstützung Eichendorf anzusegnen.

* München, 24. März. Das Kreiscomité des hiesigen Landwirtschaftlichen Vereins hat der von dem unterfränkischen Kreiscomité an das Ministerium des Innern gerichteten Petition bezüglich des Zolltarifes zugestimmt. In der Petition heißt es, die Regierung möge bei dem Bundesrathe dahin wirken, daß bei den bevorstehenden Aenderungen der Zolltarife die Interessen der Landwirtschaft durch Einführung möglichster Eingangszölle auf sämtliche landwirtschaftliche Produkte gleichmäßig mit den Interessen der Industrie ebenfalls gewahrt werden.

* Wien, 24. März. Abgeordnetenhaus: Ein Antrag auf Einsichtung eines Ausschusses zur Abschaffung einer Verdigungsdokumente an den Kaiser anlässlich dessen Silberner Hochzeit wurde angenommen. Der Gesetzentwurf betreffend die Forthebung der Steuern bis Ende April und die Ermächtigung, zur Deckung des Defizits im Jahre 1879 Goldrente im Nominalbetrage von 100 Mill. fl. zu begeben, wurde in dritter Lesung genehmigt. Im Laufe der Debatte erklärte der Handelsminister, die Regierung habe die Verhandlungen mit Spanien wegen Abschlusses eines Handelsvertrages definitiv wieder aufgenommen und hoffe, daß dieselben zu einem günstigen Resultat führen würden. — Der Kronprinz von Schweden ist gestern hier eingetroffen und begibt sich von hier nach Budapest.

* Kiel, 23. März. Bei den hiesigen Municipalwahlen haben im dritten Wahlkörper nach einem heftigen Wahlkampfe alle zwölf Candidaten der regierungsfreundlichen Partei gesiegt.

* Bam, 24. März. Ueber die Entstüllung des auf dem Schlachtfelde von Novara errichteten Denkmals wird weiter gemeldet: „Als der österreichisch-ungarische Vertreter in Begleitung mehrerer italienischer Generale erschien, intonirten die Musikkorps die österreichische Volkslied. Das Comite übergab das Monument der Gemeinde. Bei der Feierlichkeit sprachen Saracco und Pianciana namens des Senats und der Deputirtenkammer; auch der Präfekt hielt eine

Rede. Der österreichisch-ungarische Vertreter dankte im Namen des Kaisers und der österreichisch-ungarischen Armee und gab den Gefühlen herzlicher Freundschaft zwischen den Armeen Italiens und Österreich-Ungarns Ausdruck. General Nevel sprach im Namen der italienischen Armee.“

* Mailand, 23. März. Bei der Jahresfeier der Schlacht bei Novara kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Volke und dem Militär. Die Quästur hatte durch Maueranschläge das Tragen von Fahnen untersagt, die durch die Verfassung verboten erscheinen. Ein Volkshaus, der sich zum Friedhof begab, wurde durch Carabinieri aufgehalten, die aus der Kaserne auf der Via Modena kamen. Die Fahne der „Fratellanza repubblicana“ wurde zerrissen, andere Fahnen weggenommen. Es kam zu einem Kampfe, bei welchem viele Bürger verwundet und viele verhaftet wurden. Eine Menge Frauen flüchteten in die benachbarte Kirche. Der Friedhof wurde von Bersaglieri und Polizei besetzt.

* Paris, 23. März. Der Toast, welchen der Fürst v. Hohenlohe bei dem Festdinner in der deutschen Botschaft auf den Kaiser ausbrachte, lautete folgendermaßen:

Wenn ich in vergangenen Jahren an diesem Festtage im Kreise bestrennter deutscher Landsleute dem Kaiser meinen ehrfurchtsvollen Gruß darbrachte, da haben Sie stets meiner Aufsicht mit freudiger Begeisterung Folge gelebt und in manchem fröhlich Hoch Ihren Gesühlen Ausdruck gegeben. Heute vereinigt uns das gleiche Fest, heute aber erfüllt uns ein stärkeres Gefühl, heute schlagen unsere Herzen lebhafter dem Kaiser entgegen, und wenn wir uns das Bild unseres kaiserlichen Herrn vergegenwärtigen, so ergreift uns Bewegung bis ins innere Herz. Liegt doch das Jahr hinter uns, das uns die schwachen Thaten, jene Thaten, die wir dem Wahnsinn zuschreiben möchten, wenn wir uns der Erleuchtung verschließen könnten, daß nicht Wahnsinn, sondern sittliche Verwilderung die Ursache des Verderbens gewesen ist und daß zuchtlose Söhne die Hand des Verbrechers geleitet. Liegen Sie doch hinter uns jene Tage und Wochen banger Sorgen, wo wir zweifelten, ob dem deutschen Volke der Schmerz und die Demütigung erlaubt bleiben mochte, den Faschinen das Deutsche überzeugend zu vernichten, vom Deutschen nur Hass. Das es Macht und Freiheit verbankt. Und nun, da die Gnade Gottes solches Unglück von uns abgewandt, ist unsere Freude um so bedeutschter, den Kaiser in alter Müdigkeit, in gewohnter pflichtreuer Arbeit vor uns zu sehen, zu wissen, daß die schwere Prüfung, die er als Christ und Held getragen, seinen Mut nicht erschüttert, seine Kraft nicht gebrochen und seine Liebe und sein Vertrauen zum deutschen Volke nicht gemindert hat. Dankbar erwidert das deutsche Volk ihm Liebe und Vertrauen, und heute zumal thut sich diese Liebe fund in allen treuen deutschen Herzen und findet tiefendurch Ausdruck in dem Wunsche, daß Gott den Kaiser erhalten wolle bis an die ferne Grenze menschlicher Dauer! So lassen Sie uns denn das Glas erheben und unsern Wunsch zusammenfassen in dem Ruf: „Se. Maj. der Kaiser lebe hoch!“

* Paris, 21. März. Der Minister des Innern und der Culte empfing heute das Personal der Verwaltung der Culte und hob bei dieser Gelegenheit hervor, die Regierung werde die unveränderbaren Rechte

des Gewissens respektieren; sie werde der Religion und der Freiheit des Gewissens das zu geben wissen, was sie ihnen schuldig sei; aber das Gesetz müsse stets beobachtet und die Rechte des Staates vollständig aufrecht erhalten werden. Die Regierung wünsche eine formelle Ausführung des Concordats; von einzelnen Klauseln desselben könnte vielleicht hin und wieder abgesehen werden, auf diese müsse man aber noch zurückkommen.

* Versailles, 24. März. Senat: Peyrat (Einle) brachte einen Antrag ein auf Annahme einer Resolution, dahin gehend, eine Revision des Art. 9 der Verfassung vorzunehmen, durch welchen als Sitz der Kammer Versailles bestimmt wird. Peyrat kündigte zugleich an, daß er morgen die Dringlichkeit für die Berathung des Antrages verlangen werde. In einer Sitzung des linken Centrums des Senats wurde mit 38 gegen 5 Stimmen beschlossen, nicht für die Rückverlegung der Kammern nach Paris zu stimmen.

* London, 24. März. Unterhaus: Dilse kündigte an, daß er seinem bereits mitgebrachten Tadelvotum wegen des Bulukrieges eine weitere Erklärung hinzufüge, in welcher ausgesprochen wird, daß Handbedauere, daß der Generalgouverneur Bartle Frere trotz des ihm zugehörigen Tadelns doch noch in seiner Stellung verbleibe. Auf eine Anfrage erwiderte Schatzkanzler Northcote, die Osterferien des Parlaments würden vom 8. bis zum 17. April dauern.

* London, 24. März. Zur Feier des Geburtstages des Deutschen Kaisers stand am Sonnabend bei dem deutschen Botschafter Grafen Mühl ein Festbankett und daran eine sehr zahlreich besuchte Soiree statt. — Die Kaiserin von Österreich hat gestern die Rückreise nach Wien angetreten.

* Odessa, 24. März. General Todleben ist gestern aus Barna hier eingetroffen.

* Wien, 24. März. Meldungen der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Die englische Flotte soll Dardre erhalten haben, bis Anfang Mai in den Balkan zu ziehen und die nördliche Küste des Balkans seitens der Russen abzusuchen. — Der Minister Roth ist mit der Berathung von Maßregeln gegen eine weitere Entwertung der Laike beschäftigt.“

Bom Deutschen Reichstage.

* Berlin, 24. März. Das Haus führt heute in der zweiten Berathung des Staats fort.

Zunächst referirt Abg. Dr. Hammacher über drei Titel des Poststaats und beantragt, 600000 M. zur baulichen Unterhaltung der Postgebäude zu bewilligen, sobald die zu Grundstückserwerbungen und Erweiterungsbauteien veranlagten 550000 M. ebenfalls zu genehmigen, und endlich für Postgrundstücke 26000 M. als Kosten und Abgaben in den Etat zu stellen.

Russische Kultur.

Der Tribüne entnehmen wir folgenden Bericht: „Am 17. März begann vor dem Kreisgericht in Kutas (Kaukasus) eine Verhandlung, wie man sie in unserem Jahrhundert kaum noch für möglich halten sollte. Sieben dortige Juden werden beschuldigt, am 16. April v. J. im Dorfe Perewissa des Bezirks Scharopan das sechsjährige christliche Mädchen Sarah Mobebadse geraubt, dasselbe im Städtchen Saltschchyr getötet und ihm dasselbst das Blut zu rituellen Zwecken abgezapft zu haben. Außer den sieben Angeklagten werden noch zwei andere Israeliten beschuldigt, der eine der Verheimlichung der Mordthat, von welcher er wußte, der zweite ist angellagt, die Leiche des getöteten Mädchens aus Saltschchyr nach dem Felde übergeführt zu haben. Da das Verbrechen in der Nacht vor dem jüdischen Osterfest geschah, wird der Mord als zu religiösen Zwecken des Judentums geschehen erklärt. Aus Furcht vor den Christen wollte anfangs kein einziger Advocat Russlands die Vertheidigung der Angeklagten übernehmen, endlich erklärte sich hierzu der bekannte Vertheidiger der Wera Sassalitsch, der Petersburger Advocat Alexandrow, bereit.“

Dem Wortlaut der Anklage entnehmen wir folgendes: Am 4. April 1878, nachmittags etwa um 3 Uhr, verschwand die Tochter eines Bauern, Sarah Josselow Mobebadse, welche in dem im scharopanischen Kreise gelegenen Dorfe Perewissa im Hause ihrer Eltern lebte. Am 6. April fand man infolge einer seitens der Bauernhaben Adselwin Birkidse und Shatschino gemachten Anzeige die Leiche der Sarah Mobe-

bade etwa 2½ Kilometer vom Dorfe Perewissa entfernt auf einem Felde, welches an das Dorf Dorbaidse grenzt. Die anfänglich dieses Vorfalls eingeleitete Untersuchung ergab Folgendes.

Am 4. April hatte sich Sarah Mobebadse am Nachmittag mit ihrer älteren Schwester Maija in das benachbarte Haus des Bauers Pawel Schabadse begaben. Dort half die ältere Schwester Maija den Bäuerinnen Turja und Elisabeth Schabadse bei der Herstellung von Farben. Die Fabrikation von Farben wurde unweit vom Hause des Bauers Pawel Schabadse in einem 66 Haden von der sogenannten Sabdaglichewskchen Straße entfernt liegenden Wäldchen vorgenommen. Sarah Mobebadse sah zu, wie die andern Mädchen arbeiteten. Um 3 Uhr nachmittags machte sich Sarah auf den Heimweg. Um dieselbe Zeit, als Sarah sich entfernte, fuhren einige Juden vorbei, und darauf verschwand Sarah Mobebadse spurlos. Zwei Stunden nach dem Verschwinden der Sarah wurde dieselbe von ihrem Vater und ihrer Schwester gesucht, wobei diese zweimal den Weg, welchen die Verschwundene zurücklegen mußte, und die Umgegend desselben resultlos durchsuchten. Auch die Bauern Pawel und Dato Schabadse und Iwan Karpanase suchten vergebens. Am andern Tage wurden die Nachforschungen von mehreren zu diesem Zweck zusammengerufenen Bauern fortgesetzt. Am derselben Tage, d. h. am 5. April, hatten die Bauern Theodor und Salomon Mobebadse und Zararias und Teimwas Dorbaidse die Stelle durchsucht, auf welcher später die Leiche gefunden wurde, ohne dieselbe damals zu bemerken.

Die Zeugen, welche die Leiche der Verschwundenen an Ort und Stelle gesehen haben, sagen aus, daß die Leiche auf dem Rücken lag, wobei die eine Hand auf die Brust, die andere auf den Unterleib gelegt war. Zwischen dem großen Finger und Zeigefinger der rechten Hand und auf der Rückseite der linken Hand bei der Wurzel des Zeigefingers fanden sich zwei ziemlich große Wunden. Aus dem nach der Obduktion aufgenommenen Protokoll ist ersichtlich, daß an beiden Händen an den genannten Stellen Weichteile fehlten. Diese Wunden haben das Aussehen, als ob das Fleisch abgerissen wäre und zwar mit einem stumpfen Instrument. Nach der Meinung des Arztes sind diese Wunden nach dem Tode zugeschlagen und rührten von kleinen Raubthieren und Vögeln her. Nach dem Gutachten des Arztes ist der Tod durch Ertrinken während eines heftigen Regens erfolgt. Da das Gutachten des Arztes nicht mit den durch die Untersuchung festgestellten Daten übereinstimmt: nämlich mit der Art und Weise, wie die Leiche gefunden wurde, und mit den Aussagen mehrerer Zeugen, welche versicherten, daß an dem Tage des Verschwindens der Sarah es gar nicht geregnet habe, und daß die Kleider an der Leiche trocken gewesen seien —, so wurde am 16. Mai eine nochmalige Untersuchung der Leiche vorgenommen.

Aus dem bei dieser Veranlassung vom Gouvernementarzt Golubinski aufgenommenen Protokoll ist ersichtlich, daß sich auf der Rückseite der linken Hand, am ersten Gliede des Zeigefingers, eine runde Wunde von der Größe eines Zehnpfennigmünzstücks fand, durch welche aber nur die Oberhaut und die unter-

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Die Postverwaltung hält nach wie vor daran fest, daß sie berechtigt sei, auch über die im Etat bezeichnete Grenze von 30000 M. hinaus Grundstücke im Laufe des Haushaltsjahrs anzukaufen, wenn sich das Bedürfnis nach der Herstellung des Etats herausstelle. Er wolle das bemerken gegenüber der von der Budgetcommission in den Etat hineingebrochenen Maximalgrenze von 30000 M. pro Grundstück.

Abg. Dr. Böhr-Kassel bittet den Generalpostmeister, auf Errichtung einer dritten Postannahmestelle in Kassel Bedacht zu nehmen.

Das Haus stimmt den Anträgen der Budgetcommission zu.

Es folgen die einmaligen Ausgaben der Postverwaltung.

Tit. 1 — 23 fordern 2,297,380 M. zur Herstellung von Dienstgebäuden etc. Es befinden sich darunter 400000 M. als letzte Rate des ersten und als erste Rate des zweiten Bauabschusses für das neue Postgebäude in der Spandauer Straße in Berlin.

Abg. Graf Arnim-Boizenburg:

Die Stadt Neuruppin mit 13000 Einwohnern und täglich 2000 Postsendungen ist mit ihren Posteinrichtungen in sehr übler Lage. Das dortige Postlocal ist absolut unzureichend und unhygienisch; beziehungsweise Neubau dringend geboten. Nun hat die Stadt schon 1876 dem Postfiscus ein günstig gelegenes Bauteil von 1040 Quadratmetern für den niedrigen Preis von 3000 M. zum Kauf angeboten, da aber die Miete für das jetzige Postlocal wieder bis 1882 erneuert ist und eine Förderung für den Neubau im Etat sich nicht findet, so möchte ich die Sache dem Herrn Generalpostmeister recht dringend wenigstens für das nächste Etatjahr ans Herz legen.

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Schon im diesmaligen Etat der Postverwaltung war eine Förderung für den Neubau eines Postgebäudes in Neuruppin vorgesehen, finanzielle Bedenken jedoch die Finanzverwaltung dazu, den Titel zu streichen. Die Postverwaltung wird indessen aus der Anregung des Herrn Vorredners Aulah nehmen, die Sache im nächsten Etat wieder nachdrücklich in Anregung zu bringen. Den Wunsch darf ich noch aussprechen, daß das Beispiel des Anerkennens der Stadt Neuruppin recht viele Nachfolge finden möchte und nicht ungemäß die Communen auf den großen Reichsgeldbeutel spekulieren möchten.

Tit. 1 — 23 werden bewilligt.

Tit. 24: Umbau und Erweiterung des Post- und Telegraphendienstgebäudes in Thorn, erste Rate 80000 M., wird nach dem Antrage der Budgetcommission trotz des Widerspruchs des Abg. v. Segeberg gestrichen, Tit. 25: zu Grundstückskäufen und Bauten für unvorhergesehene Fälle 150000 M., bewilligt.

Es folgt Kap. 4a: außerordentlicher Etat des Extraordinariums, Tit. 1: Anlage unterirdischer Telegraphenlinien Hamburg-Emden-Wilhelmshaven und Köln-Mey 2,866000 M., und Tit. 2: Herstellung einer unterirdischen Linie von Bremen nach Bremerhaven 340000 M., hat die Budgetcommission nicht beanstandet, dagegen bei Tit. 3: zur Beschaffung der im Sommer 1880 zu legenden Kabel Straßburg-Mey, Berlin-Breslau, Berlin-Müncheberg und Berlin-Stettin 1,830000 M., 830000 M. gestrichen.

Abg. Graf Bethuys-Huc beantragt, die ursprünglich geforderte Summe wiederherzustellen.

Referent Abg. Dr. Hammacher:

Die Commission ist völlig durchdrungen von der Überzeugung, daß das unterirdische Telegraphenkabel das ruhigste Werk unserer gegenwärtigen Verwaltung sei. Auf die Durchführungen des Systems ist um so mehr Gewicht zu legen, als es nothwendig ist, zu vermeiden, daß sich Fälle wiederholen wie im vorigen Jahre, daß so große Städte wie Wien und Paris mehrere Tage ohne telegra-

phische Verbindung bleibten. Indessen sind die finanziellen Rücksichten doch so überwiegender, daß die Commission sich mit großer Mehrheit die erwähnte Streichung dem Hause vorzuschlagen entschloß.

Abg. Graf v. Bethuys-Huc:

Ich habe dem Herrn Referenten für die sachliche und unparteiische Würdigung der Motive der Minorität der Budgetcommission meinen Dank zu sagen. Der Herr Generalpostmeister hat, wie soeben die Debatten über die Posten von Neuruppin und Thorn bewiesen, schon selbst sein Temperament und redliches Streben, sein Fach vorwärts zu bringen, mit Rücksicht auf die Finanzlage des Deutschen Reiches nach Kräften gemüthigt, und wo es ihm nicht möglich war, die Mäßigung zu üben, hat er einen witsamen Baum in den Bedenken der Reichs-Finanzverwaltung gefunden. Ich möchte aber doch glauben, daß die jetzt mit Recht getilgte Mäßigung betreffs größerer Sparsamkeit ihre natürliche Grenze finden in der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Anlagen. Es ist ein richtiges Grundsatz: Wenn man sich den Wagen verdorben hat, soll man nicht halten sowohl in finanzieller wie hygienischer Beziehung. Aber wer hat sich denn den Wagen verdorben? Liegen die finanziellen Calamitäten in dem Schafe der Einzelstaaten und des Reiches oder liegen sie nicht vielmehr in den Taschen der Bürger? Ichtheile nicht in ihrem ganzen Umfang die Meinung, daß wir ein Deficit gar nicht haben, aber ich nehm' an, daß die Staats- wie die Reichsfinanzen sich in sehr gesunden Verhältnissen befinden, während die Industrie daniederliegt und es gerade jetzt Sache des Staates ist, nicht zur bloßen Unterhaltung der Industrie, wohl aber im Interesse der nützlichen Anlagen, welche für die Zukunft Segen schaffen und die Noth der Gegenwart entlasten, Aufwendungen zu machen. Zur Grundierung der Behauptung, daß dieser Posten zu den nützlichen und wichtigen gehört, folge ich noch ergänzend hinzu, daß laut Bericht der Reichspostverwaltung vom 9. und 10. März 1876 durch orkanartige Stürme 52390 Kilometer oberflächliche Leitungen mit einem Anlagekapital von über 9 Mill. M. zerstört wurden, deren provisorische Wiederherstellung schon 44000 M. erforderte. Ähnliche Störungen erfolgten im Herbst jenes Jahres. Der Hauptwert des neueingeschafften Verkehrsmittels ist nicht bloss in der Schnelligkeit, sondern in der absoluten Sicherheit und Zuverlässigkeit der Functionirung zu suchen. Schon für den gewöhnlichen Geschäftsvorlehr des Publikums kommen diese Rücksichten in erster Linie in Betracht, wie vielmehr also für Eventualitäten, deren Eintritt ich nicht wünsche, die aber die Reichsvertretung stets im Auge behalten muß. Wir alle hoffen, daß uns in Zukunft jeder Krieg erparlt werden, die Natur unseres Staates und unserer Verfassung geben alle Garantien für einen dauernden Frieden, aber doch ist ein Krieg gegen Osten, wenn wir Unglück haben sollen, ebenso möglich wie ein anderer. Aus diesem Grunde und aus Rücksicht auf die justitia distributiva bitte ich Sie, auszusprechen, daß was dem Westen recht, dem Osten gleich sei. Der Herr Generalpostmeister hat prävident erklärt, daß er mit der ihm bewilligten geringeren Summe zwar die Linie Straßburg-Mey sicher vorbereiten könne, jedoch sie 1880 vollendet wird, nicht aber die Linie Berlin-Müncheberg-Breslau. Ich halte mich darauf aufmerksam, daß auch nach der Ausführung der in Rede stehenden Linien ganz erhebliche Strecken übrigbleiben, unter andern die sehr wichtige Linie Stettin-Hamburg, und daß mir das Tempo der Bauausführung ein leises Andante nicht zu überstreiten scheint. Ich bitte Sie um die Bewilligung der ganzen Summe. (Beifall.)

Abg. Richter-Hagen:

Schon unter dem Vorgänger des jetzigen Generalpostmeisters ist von mir auf die großen Vorteile der unterirdischen Telegraphenlinien vor den oberirdischen hingewiesen worden, also herzlich gar keine Differenz unter uns. Indessen sind doch die Kosten der unterirdischen Leitungen so außerordentlich bedeutend, daß wir endlich, zumal bei unserer so sehr schwierigen Finanzlage, daran denken müssen, diesen Ausgaben ein Ziel zu setzen. Wir sind noch lange nicht sparsam genug. Mindestens 50 Mill. M. Schulden machen wir jährlich für neue Kasernen und Postgebäude. Ganz gewiß wollen wir der Industrie aufhelfen, aber das Geld, das wir für den Staat ausgeben, entziehen wir gerade der

rude sieben Juden passirten, diese Momente führen die Anklage zu der Annahme, daß Sarah von den Juden geraubt und ihr Leichnam später auf das Feld beim Dorfe Dobroidse geworfen wurde.

Zur Zeit des Verschwindens des Kindes hatten folgende aus dem Dorfe Satschchera gebürtige Juden die genannte Strafe passirt: Ishaak, Jakob und Moscha Abramow Zwieniashwilli, Samuel und dessen Sohn Bitschja und Ishaak Chundiašwilli mit seinem Sohn Mordach. Sie erklärten dem Untersuchungsrichter, sie hätten die Sarah Modebadse weder geraubt noch ermordet. Sie hätten allerdings am 4. April das Dorf Perewissa auf dem Wege nach Satschchera passirt, aber kein Mädchen gesehen. Auf ihren Fuhrwerken hätten sie Hühner, Gänse und einen Bock gehabt. In Satschchera angelommen, hätten sie eine Nebengasse gewählt, da es ihnen unangenehm gewesen, mit Gänsen und Hühnern durch eine belebte Straße zu fahren.

Trotzdem die genannten Personen mit aller Entschiedenheit jede Schuld in Abrede stellen, hält die Anklage dieselben für überführt, die Sarah Modebadse auf der Satschchera-Straße aufgegriffen, in einen Sack gesteckt, die Deckung mit verschiedenen Sachen verpackt und das Kind nach Satschchera gebracht zu haben, woselbst es widergesetzlich einen Tag und zwei Nächte aufgehoben worden und gestorben sein soll. — Moscha Zwieniashwilli ist angeklagt, in Begleitung eines Gefährten die Leiche in der Oster-nacht beim Dorfe Dobroidse hingeworfen, und Michael Jalischwilli, die Anzeige des ihm bekannt gewesenen Verbrechens unterlassen zu haben.

Industrie, dadurch helfen wir ihr nicht. Ich bitte also dem Antrage der Commission zuzustimmen.

Abg. Dr. Löwe-Bodum:

Allerdings sind die Herstellungskosten der unterirdischen Linien bedeutender als für die oberirdischen, aber bei den letzteren sind die hohen Unterhaltungskosten zu berücksichtigen. Außerdem sind die Vortheile für den Verkehr, welche die unterirdischen Kabel bieten, so außerordentlich, daß ich Sie dringend bitte, dem Antrage des Abg. Grafen Bethuys-Huc zuzustimmen.

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Ich kann Sie im Namen der verbündeten Regierungen nur bitten, den Antrag des Grafen Bethuys-Huc anzunehmen. Als 1875 ein Gesamtplan aufgestellt wurde für das projizierte unterirdische Telegraphennetz, da wurden in die beabsichtigte Verbindung hineingezogen, die Liniens von Verkehr, Handel, Börsenplätze, Industriestädte, militärische Plätze, Festungen, Höfen, Küstenorte, und die Gesamtkosten des Netzes wurden auf 34 Mill. M. veranschlagt. Die Hälfte des Netzes ist nun ziemlich vollendet, hauptsächlich nach Westen hin. Wie haben die Linien Berlin-Halle-Leipzig-Kassel-Frankfurt a. M.-Mainz-Mattheim-Karlsruhe-Straßburg. Dann Berlin-Magdeburg-Braunschweig-Hannover-Münster-Düsseldorf-Köln. Dann haben wir die Linie Berlin-Hamburg mit der Abzweigung nach Kiel und Cuxhaven, nach Bremen und Emden mit dem wichtigen Anschluß nach England und Amerika und einer Abzweigung nach Bremerhaven. Im Westen fehlen nur noch die Linien Straßburg-Mey und Köln-Aachen. Es sind darauf etwa 18 Mill. M. verwendet. Der neue Etat verlangt nun die Mittel zum Weiterbau folgender unterirdischer Linien: Hamburg-Bremen-Oldenburg-Emden (abgezweigt nach Wilhelmshaven), sowie zur neuen Anlage der im Sommer 1880 zu legenden Kabel Straßburg-Mey, sowie Berlin-Müncheberg-Breslau und Berlin-Stettin-Danzig-Königsberg i. Pr. Ein gerechnet die Forderungen dieses Etats sind etwa 16 Mill. M. erforderlich, die sich auf vier Jahre verteilen würden. Die Gründe, welche nun für die Beschleunigung des Balles sprechen, sind heute schon von anderer Seite dargelegt worden. Hen. Abg. Richter möchte ich entgegnen, daß es uns unter den heutigen Verhältnissen lieb sein muß, der Industrie die möglichste Unterstützung zu kommen zu lassen; er wird doch den Arbeitern den Verdienst gönnen, es kommt doch Geld unter die Leute. Es ist ja richtig, daß zwischen Straßburg-Mey schon eine unterirdische Verbindung mit Umläufen möglich ist, aber es ist damit ein zweimaliger Rheinübergang des Kabels verbunden, was strategisch bedeutsam ist. Der Etat hat, wie vorhin schon gesagt, in seinen vorbereitenden Studien schon sehr viele Absichten erfahren, die günstigen Conjecturen zwingen und sie zu verwirklichen, und deshalb sprechen gerade Sparsamkeitsrücksichten dafür, den Antrag der Regierung, also hier den des Grafen Bethuys-Huc im Gegensage zum Commissionsantrage anzunehmen.

Abg. Richter-Hagen:

Was wir hier zur Beschäftigung von Arbeitern bewilligen, wird anderwo entzogen, es handelt sich darum, ob diese Ausgaben produktiv sind oder nicht. Ich befürte es, und möchte bitten, so wichtige Fragen nicht so nebendrin abzuhandeln.

Abg. Gerwig:

Ich glaube, daß die für die Commission maßgebenden Gründe, besonders die Erwägungen der finanziellen Lage, nicht durchschlagend sind, um uns zu bestimmen, ihrem Antrage auf Streichung zuzustimmen. Die Wichtigkeit und der Nutzen der unterirdischen Kabel ist außerordentlich, der ganze Plan der Anlage ist genehmigt, für den Westen durch die Ausführung im ganzen gesorgt, auch für den Osten muß nun gesorgt werden. Dazu kommt, daß wirklich Arbeitsmangel vorhanden ist, und der Staat ist vor allem verpflichtet, wenn er es vermag, Arbeit zu gewähren. Ich bitte Sie also, dem Antrage des Grafen Bethuys-Huc zuzustimmen. (Beifall.)

Abg. Graf Bethuys-Huc:

Der Abg. Richter wird als gewiefter Kenner es doch nicht bestreiten wollen, daß der Nutzen für die Industrie durch Beschäftigung der Arbeiter weit größer ist als die Zinsen einer extra erforderlichen Anleihe. Was wir jetzt

Wir werden auf den weiteren Verlauf des Prozesses, der nicht verfehlt, in der gebildeten Welt allgemeines Aufsehen zu erregen, noch zurückkommen.“

Aus Rosenburg berichtet das hieratische Westpreußische Polizeiblatt: „Ein hierischer Bürger machte sich lässig in heiterer Stimmung den „schlechten Spaß“, mit Hölle einiger ebenso wie er selbst etwas angestrinkener Belantern einen in sein Zimmer tretenden Juden aufzuhängen, um sich an dessen Angst zu ergötzen. Erst als der Wachhund zu röhren begann, wurde er losgeschüttet. Nachdem die Herren wieder zu voller Vernunft gekommen waren und die möglichen Folgen ihres Handelns überlegt hatten, versuchten sie die Sache mit Geld totzumachen; doch ist die Unrat bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.“

— Wie aus Rio-de-Janeiro gemeldet wird, siedeln eine Bande bewaffneter Farmer in Iju, Provinz São-Paulo, am 11. Febr. nach einem ogerblichen Besuch am vorhergehenden Tage das dortige Gefängnis, wo ein Sklave gefangen saß, der einen Pflanzer Namens Ferraz und vier Mitglieder seiner Familie getötet hatte. Die Angreifer bemächtigten sich des Sklaven, steinigten ihn zu Tode und schleiften seine verstümmelte Leiche durch die Straßen. Während des Tumults wurde ein Soldat getötet und viele Personen trugen Verwundungen davon.

— Aus Vilshofen vom 15. März wird der Donau-Zeitung geschrieben: „Ein unerhörter Schurkenstreik wurde hier in vergangener Nacht verübt. Es wurde nämlich in den Sommerkeller des Bierbrauers Stodmaier eingebrochen, mehrere Lagerfässer der Zapfen ausgeschlagen und etwa 3000 Eimer Bier laufen gelassen. Der hierdurch verursachte Schaden beläuft sich auf etwa 30000 M.“

bewilligen, setzt uns in den Stand, für das nächste Jahr Arbeiter zu beschäftigen; im übrigen würde die Forderung doch uns das nächste Jahr wieder beschäftigen; da der Plan einmal genehmigt ist, müssen wir ihn auch durchführen.

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Der Schaden, den das Vaterland durch die Streichung der 800000 M. erleiden könnte, kann unabsehbar sein. Was Neues trotz seines Alters noch zu leisten vermag, davon können Sie sich ja auch heute überzeugen. Aus Rücksicht auf die Wohlzahl und den Wohlstand des Vaterlandes bitte ich Sie, den Antrag des Grafen Bethyus anzunehmen.

Hierauf wird die Discussion geschlossen.

Bei der Abstimmung, welche durch Bählung erfolgt, ergibt sich, daß nur 187 Mitglieder anwesend sind, die Beschlusshilfesfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird deshalb auf eine halbe Stunde vertagt.

Die um 2½ Uhr wiedereröffnete Sitzung beginnt mit dem Namensaufrufe, der die Anwesenheit von 214 Mitgliedern ergibt. Das Haus ist also beschlußfähig.

Der vorerwähnte Antrag des Abg. Grafen Bethyus-Huc wird jetzt angenommen.

Tit. 4—16 des außerordentlichen Etats im Betrage von 2,639000 M. werden ohne Debatte genehmigt.

Abg. Kopfer beantragt, zur Erbauung eines neuen Postgebäudes in Mannheim 120000 M. als erste Rate zu bewilligen.

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Er stelle das Bedürfnis eines Neubaus nicht in Abrede bei dem sehr entwickelten Verkehrsliebe in Mannheim, welches die vierzehnte Stelle im Postverkehr einnehme, hier kommen jährlich 37 Briefe auf den Kopf der Bevölkerung, in Leipzig 86, in Frankfurt a. M. 105, im ganzen Deutschen Reich 10. Von diesen Erwägungen aus könne er also, wenn er lediglich dem Interesse der Postverwaltung als Generalpostmeister folge, nur den Antrag befürworten, als Vertreter der verbündeten Regierungen bekämpfe er ihn aber, denn es steht mit Mannheim gerade so wie mit Neuruppin und Thorn. Hier wie dort haben es finanzielle Bedenken der Postverwaltung unmöglich gemacht, schon in diesem Jahre Bauvorberüfung im Etat durchzuführen. Die Postverwaltung werde indessen bei der Aufstellung des nächsten Etats auf ihre Baupläne auch für Mannheim zurückkommen.

Mit Rücksicht auf diese wohlwollende Erklärung zieht Abg. Kopfer seinen Antrag zurück.

Damit ist der Etat der Post- und Telegraphenverwaltung erledigt.

Bei Kap. 1 der einmaligen Ausgaben werden Tit. 1—5 unverändert bewilligt.

Tit. 6: zur Erwerbung und baulichen Instandsetzung eines Grundstück für das Reichs-Gesundheitsamt 312000 M., beantragt die Commission zu streichen.

Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann bittet dringend, die geforderte Summe zu bewilligen.

Abg. Dr. Hammacher glaubt, obgleich auch er in der Commission mit der Majorität gestimmt habe, dennoch, nachdem er die jeweiligen Räume des Gesundheitsamtes in Augenschein genommen, nicht für Ablehnung der geforderten Summe eintreten zu können. Redner beantragt demnach die Zurückverweisung dieses Titels in die Budgetcommission, um erst in dritter Berathung definitive Beschluss zu fassen.

Abg. Dr. Mendel will dem Antrage Hammachers nicht widersprechen, möchte aber doch die Commission bitten, ihren Antrag aufrecht zu erhalten.

Abg. Dr. Reichenberger-Krefeld ist der Ansicht, daß man für die Untersuchungen dem Reichs-Gesundheitsamt zwar dankbar sein könne, indessen müsse man in den Bewilligungen Maß halten.

Abg. Dr. Löwe tritt ebenfalls dem Antrag Hammachers bei, damit die Pläne in der Commission nochmals untersucht werden können.

Hierauf wird Tit. 6 an die Budgetcommission zurückgewiesen.

Tit. 7: zu Remunerationen, Jahrgeldern und Fuhrkosten der Reichscommission zur Entscheidung der Beschwerden auf Grund des Gesetzes vom 21. Oct. 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 39440 M., sowie Tit. 8: für die erste Ausrüstung der zur Abwehr der Kinderpest an der Grenze gegen Russland und Österreich-Ungarn angestellten Gendarmerie und Oberwachtmeister 73764 M., werden ohne Debatte bewilligt.

Von dem Etat des Reichs-Schatzamtes war die Position „Rakontentschädigungskosten 730600 M.“ an die Budgetcommission zurückverwiesen worden. Nach deren Antrag werden jetzt nur 500000 M. bewilligt.

Das Extraordinarium: für die Gotthardbahn, siebente Rate, 1,187747 M., Bau des Reichs-Justizamtes 600000 M., Collegienhaus in Straßburg 500000 M., Entschädigung für den Auslauf von Kriegergräberstätten 1500 M., wird ohne Discussion genehmigt. Ebenso die einmaligen Ausgaben des Reichs-Eisenbahnamtes: Tilgung der Hypothekenschuld auf dem Grundstück 180000 M.

Es folgt der Etat der Reichs-Justizverwaltung, und zwar Kap. 66 a: Reichsgericht. Tit. 1: Präsident 25000 M., wird ohne Debatte genehmigt. Tit. 2 wirft für 7 Senatspräsidenten à 14000 M.

und 60 Räthe à 10000 M. 349000 M. aus. Die Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg, Windthorst, Stellner, Dr. Lasler, Frhr. zu Brandenstein und Geßnossen beantragen, daß Gehalt der Räthe auf 12000 M. zu erhöhen.

Tit. 3: ein Oberreichsanwalt 15000 M., hat die Budgetcommission auf 14000 M. heruntergesetzt, während sie die Position der drei Reichsanwälte à 10000 M. unverändert gelassen hat. Die obengenannten Abgeordneten beantragen auch hier die Erhöhung auf 12000 M. Die Budgetcommission hat sich dem ihr bereits überwiesenen Antrag Stauffenberg nachträglich angegeschlossen und empfiehlt die Bewilligung der höheren Summen.

Abg. Dr. Bähr-Kosel bringt die Zusammensetzung des Reichsgerichts zur Sprache und meint, wenn von den 66 Räthen desselben nur 4 von Bayern ernannt werden sollen, so werde das wol darin keinen Grund haben, daß Bayern einen eigenen höchsten Gerichtshof beibehalten und also an der Rechtsprechung des Reichsgerichts nur teilweise partizipieren wolle.

Vergleiche man die Kompetenz des Reichsgerichts mit der Kompetenz anderer höchster Gerichtshöfe von Einzelstaaten, so ergebe sich das Bedenken, ob nicht das Richtersonal beim Reichsgerichte zu gering bemessen sei, um die Menge der ihm zufallenden Revisionssachen in der Uebergangszeit bewältigen zu können. Der Redner bezieht sich, ob für das nach Leipzig überstrebende Richterpersönal — er selbst wird als Anwalt beim Reichsgericht fungieren — eine genügende Anzahl von geeigneten Wohnungen vorhanden sein würde. Er hat die 144 ihnen bezeichneten Wohnungen in Leipzig, soweit sie zu sehen sind, besichtigt, hat darüber eine Liste aufgestellt, die er dem Hause zur Verfügung stellt (Heiterkeit), und kann nur bestätigen, daß die Zweifel sehr berechtigt zu sein scheinen und daß es an passenden Wohnungen fehlen wird. Eine große Zahl der 144 Wohnungen hat sich schon bei oberflächlicher Besichtigung als unbrauchbar erwiesen. Als gut können von den angeführten 144 Wohnungen eigentlich nur 18 bezeichnet werden, 18 waren allenfalls exträtig, 55 aber befinden sich in noch unfertigen Räumen.

Präsident des Reichs-Justizamtes, Staatssekretär Dr. Friedberg:

Trotz der lobenswerten Gründlichkeit des Herrn Vorredners bin ich nicht dazu durchgedrängt, zu erfassen, wie seine Ausführungen in irgendwelcher Beziehung zu dem hier vorliegenden Etat stehen. (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete hat in Leipzig 144 Wohnungen genau präzisiert, gewiß eine sehr anerkennenswerte Arbeit (Heiterkeit), und daraus geschlossen, es werde sich für die Räthe eine Wohnungsnöthe zeigen. Die letztere Frage ist sofort nach dem Beschuß des Reichstages, das höchste deutsche Gericht nach Leipzig zu verlegen, in den Vordergrund getreten. Ich bin dieshalb schon früh mit dem Rathe von Leipzig in Verbindung getreten und constatiere, daß ich überall das bereitwilligste Entgegenkommen gefunden habe. Von Seiten des Rates ist geschehen, um diese Besorgnisse zu beschwichtigen. Derselbe hat eine Commission aus Ratsmitgliedern und Vertretern der Bürgerschaft und der Universität eingesetzt, und nach den mir zugestellten Listen hat sich eine große Anzahl von Wohnungen zu 2250, 2400, 3000 M. disponibel gezeigt. Aber selbst die Thatsache der Wohnungsnöthe zugegeben, so könnte doch nur der Antrag auf eine Wiederverlegung des Reichsgerichts Ränderung schaffen, und die bloße Besorgnis könnte die Regierung nimmermehr zu einem solchen veranlassen. Ich habe einen Rat des Reichs-Justizamtes nach Leipzig gefragt, ich habe den dortigen Bürgermeister zu mir eingeladen, um mit ihm in dieser Sache zu konferieren, und habe die Überzeugung, daß mit gutem Willen und einiger Resignation sich für alle Räthe ein genügendes Unterkommen finden lassen wird.

Was die Vertheilung der Räthstellen anlangt, so ist das nicht meine Sache, sondern von den einzelnen Bundesstaaten werden die Vorschläge gemacht und vom Kaiser die Räthe angestellt. Wenn der Herr Vorredner fragt, wie es sich mit den Hülfssenaten verhält, und ob die dafür ausgewiesene Summe genügen dürfte, so antworte ich getroft, das weiß ich selbst nicht! (Heiterkeit.) Werden eben mehr Hülfssenate gebraucht, dann wird der Etat übertritten, und der Reichstag wird gewiß nicht anstehen, so nothwendige Staatsüberschreitungen zu dulden.

Der Herr Vorredner hat dann speziell bedauert, daß keine sächsischen Richter in das Reichsgericht gelangen. Nun, diese Angabe bin ich in der Lage auf das bestimmteste zu bestreiten; Sachsen hat Richter vorgeschlagen, und sächsische Richter werden sonach auch ins Reichsgericht übergehen. Auf weitere Einzelheiten mag ich nicht eingehen, ich wollte nur die Angaben des Vorredners etwas beleuchten. (Beifall.)

Abg. Dr. Stephani (Vizebürgermeister a. D. von Leipzig) nimmt auf Grund genauerer Ortskenntnis Veranlassung, der Schilderung des Abg. Bähr über die leipziger Wohnungsverhältnisse zu widersprechen: Es sei freilich für manchen schwer, Berlin mit Leipzig zu vergleichen, aber darum fühle auch die Stadt Leipzig um so dringender die Verpflichtung, die Herren vom Reichsgericht mit offenen Armen aufzunehmen und ihnen das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Der Unterschied zwischen berliner und leipziger Wohnungen sei der, daß in Berlin mehr Wert auf den Salon gelegt werde als auf... (Ruf: Die Küche! Heiterkeit!) als auf die übrigen Wohnungsräume; das leipziger Wohnungskomite habe auf Grund seiner sachlichen Prüfung die feste Überzeugung, daß die Beamten des Reichsgerichts nicht mit der Wohnungsnöthe zu kämpfen haben werden. Ohne alle Schwierigkeiten werde ein solcher Übergang nicht zu vollziehen sein, aber alleiniger guter Wille werde darüber hinweghelfen. Leipzig seinerseits habe den guten Willen im vollen Umfang. (Bravo!) Er (Redner) sei zu jeder Fälligkeit und Vermittelung bereit. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Besecker sieht bei der Stadt Leipzig keinen bösen Willen vorauß, tritt aber im wesentlichen den Aussführungen des Abg. Bähr bei, daß es tatsächlich in Leipzig an Wohnungen fehlen werde. Wäre es

möglich, so müßte man jetzt noch das Reichsgericht aus Leipzig verlegen. (Bestimmung und Heiterkeit.)

Die Discussion über Tit. 1 wird geschlossen und derselbe genehmigt.

Bezüglich der Positionen zu Tit. 2 und 3 befürwortet Abg. Frhr. v. Malzahn-Gütz die nach dem Antrage des Frhrn. Schenk v. Stauffenberg (s. oben) erhöhte Regierungsforderung als Referent der Budgetcommission.

Abg. v. Behr-Schmidow erklärt sich mit der erhöhten Regierungsforderung nicht einverstanden, die der justitia distributiva nicht entspreche und den analogen Gehaltsverhältnissen anderer höchster Gerichtshöfe nicht angemessen sei. Ein Gehalt, wie es die Commission fordere, sei nicht nötig, um die Unabhängigkeit der Reichsrichter zu wahren.

Präsident des Reichs-Justizamtes Staatssekretär Dr. Friedberg bittet das Haus, dem Antrage Stauffenberg beizutreten. Das Reich müsse seine obersten Richter eben besser stellen, als es jeder Einzelstaat thun könne, und deshalb sei der Hinweis des Vorredners auf die niedrigeren Gehälter bei andern Staaten ungutstellend.

Abg. Dr. Lasler spricht sich ebenfalls für den Antrag Stauffenberg aus:

Es sei freilich von der parlamentarischen Praxis abweichend, über die Forderungen der Regierung hinauszugehen, aber hier liege doch ein Ausnahmefall vor. Gerade aus dem Munde des Frhr. v. Behr müsse ein Widerpropos doppelt auffallen sein, denn Frhr. v. Behr habe selbst einmal einen ganz analogen, auf Erhöhung gehenden Antrag in Fischereiangelegenheiten eingebracht und durchgesetzt.

Das Haus tritt dem von der Budgetcommission befürworteten Antrage des Frhrn. v. Stauffenberg bei.

Hierauf vertagt sich das Haus bis Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Etat. Für den Fall, daß der Etat in zweiter Lesung am Mittwoch in der Tagessitzung nicht erledigt wird, nimmt der Präsident eine Abdüssung in Aussicht.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. März. Die Feier des Geburtstags des Kaisers hat in allen Theilen Deutschlands Kundgebungen hervorgerufen, welche den überzeugendsten Beweis abgeben, wie nicht blos die Verehrung für den ehrenwerten Monarchen ein Gemeingut der deutschen Nation geworden ist, sondern wie sehr die Gemeinschaft der nationalen Gemeinschaften überhaupt vorgeführt ist. An dem Inhalt und Ton der erzählten Kundgebungen ist schwer zu unterscheiden, ob dieselben dem Norden oder dem Süden Deutschlands entstammen. In allen herrscht derselbe Ton und derselbe Wärmegrad nationaler Gefinnung; in allen zeigt sich in erfreulicher Weise, daß die pessimistischen Auffassungen, wie sie von der politischen Parteipresse vielfach in Bezug auf die jüngsten Verhältnisse zu Tage treten, die Volksstimme nicht beherrschen. Ueberall ist namentlich auch das Vertrauen zum Ausdruck gelangt, daß die Friedenspolitik des Kaisers, nachdem sie im vorigen Jahre so große Erfolge gehabt, sich auch weiter wissenschaftlich zeigen werde, ein Vertrauen, das durch die allseitige Stimmung der Cabinets vollkommen gerechtfertigt erscheint. — Die Frankfurter Zeitung deutet an, daß durch den auf die neuliche Rede des Grafen Eulenburg über den kleinen Belagerungszustand folgenden Schluß der Discussion jede Erwiderung auf die Darstellung des Grafen hätte abgeschnitten werden sollen. Die Sache verhält sich aber so: der Minister des Innern, welcher eigentlich erst später das Wort hatte nehmen wollen, ergriff dasselbe gleich nach Liebknecht nur deshalb, weil er die Mitteilung erhielt, daß die Conservativen in Gemeinschaft mit der national-liberalen Mehrheit alsbald den Schluß der Verhandlung herbeiführen wollten. Die Rücksicht auf die Rede des Ministers hat also zu ihrem Beschuß nicht das Geringste beigetragen. — Die Mitteilung, daß der Fürst Bismarck nach den Besprechungen in Rüffingen mit dem Runtius-Masella zur Ausarbeitung einer Denkschrift über die streitige Frage einen staatsfreuen katholischen Bischof aufgesondert habe, ist ebenso wie alle daran geknüpften Combinationen irrtümlich.

** Berlin, 24. März. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf wegen Änderung des Wechselsteuer- und Münzgesetzes zugegangen. Derselbe hat gemäß einer im vorigen Jahre vom Reichstage gefassten Resolution den Zweck, die Erhöhung der Stempelabgabe von Wechseln mit der Münzgesetzgebung des Reiches in Übereinstimmung zu bringen. Der in dem Entwurf vorgeschlagene Tarif beruht gleich dem durch das Gesetz vom 10. Juni 1869 festgestellten auf der Absicht, eine Stempelabgabe von 1½ auf das Tausend der Wechselsumme zu erheben. Bezüglich der Abschaffung unterscheidet er sich von dem leichter dadurch, daß während bisher die Steuer bis zu einer Wechselsumme von 300 M. nach Stufen von 150 M. darüber hinaus nach Stufen von 300 M. berechnet wurde, fortan die Steuer innerhalb der ersten 1000 M.

in Stufen von 200 zu 200 M., bei höheren Wechselsummen in Stufen von 1000 zu 1000 M. erhoben werden soll. Der Betrag der Abgabe, welcher sich bisher um je 0,15 M. abstuft, steigt nach dem vorgeschlagenen neuen Tarif innerhalb des ersten Tausend der Wechselsumme um je 0,10 M., darüber hinaus um je 0,20 M., wodurch eine wesentliche Vereinfachung der Berechnung und Errichtung der Abgabe erreicht wird. Die Abgabe würde fünftig die gleiche bleiben für Wechselsummen von 100, 500 und 600 M., um 0,05 M. sich erhöhen für Wechselsummen von 300 und 900 M., dagegen sich erniedrigen um 0,05 M. für Summen von 200, 700 und 800 M., und um 0,10 M. für Summen von 400 und 1000 M. Im ganzen also würde der neue Tarif bei Wechselsummen bis zu 1000 M. eine Erleichterung der Steuerpflichtigen zur Folge haben. Für Wechselsummen über 1000 M. stellt sich dagegen nach dem vorgeschlagenen Tarif die Abgabe fast durchweg etwas höher als bisher. Wie die Motive ausführen, erscheint es unhöflich, auch bei solchen Wechseln die Summen, nach welchen die Abgabe zu berechnen, um je 200 M. abzustufen, weil ein beträchtlicher Aufwand an der Wechselsteuer dadurch bewirkt werden würde, während bei der Annahme der in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Steuerstufen voraussichtlich die aus den Wechseln von mehr als 1000 M. zu erwartenden höheren Einnahmen sich mit den Mindesteinnahmen aus den Wechseln von 1000 M. und weniger ungefähr ausgleichen werden.

N.L.C. Berlin, 24. März. Die «Post» meldet heute, daß die Zolltarifcommission in einer gestern, am Sonntag, abgehaltenen Sitzung die bis dahin noch unerledigte gebliebenen Positionen festgestellt und damit die erste Lesung des Tariffs „definitiv beendigt“ habe. Das in diesem Zusammenhange etwas seltsam klingende Wort „definitiv“ — man pflegt erste Lesungen doch nicht „völlig“ zu beendigen! — soll offenbar nur die vor einigen Tagen durch die Presse gegangene falsche Mitteilung der Offiziellen beschönigen, nach welcher man annehmen müßte, daß die Tarifcommission ihre ganze Aufgabe bereits beendigt und ihre Beschlüsse an den Bundesrat abgegeben habe. Da diese Meldung durch die Offiziellen selbst nicht zurückgenommen worden ist, so läßt sich kaum annehmen, daß es sich bei ihr um ein zufälliges Missverständnis gehandelt habe. Welcher Zweck mit solchen Läufschungen verfolgt wird, ist freilich schwer verständlich.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet: „Die deutsche Socialdemokratie in London hat am 20. März dasselbe an einem Meeting theilgenommen, auf welchem Dr. Most, Berliner Anwälte, unverhüllt diejenige Sprache führte, welche seine Gefinnungsgenossen im Reichstage theils aus taktischen Gründen, theils um der parlamentarischen Disciplin willen sich versagen müssen. Einem Bericht der Times folge fand das Meeting in der Halle der Cooperative Institution in Castle Street, Oxford Street, als Meeting der deutschen, französischen und englischen Socialdemokraten statt, um deren Sympathien mit den verbannten Communismusgliedern von 1871, welche von der französischen Regierung nicht begnadigt worden sind, auszudrücken. Beim Beginn der Verhandlungen waren etwa 400 Menschen anwesend, worunter etliche 30 Frauen, einige derselben mit ihren Säuglingen; den Vorsitz führten der Engländer James Murray und ein Deutscher Namens Kaufmann. Dr. Most stellte den ersten Antrag:

Dass die Verfeidiger der Prinzipien der Revolution von 1848 der Freiheit, Unabhängigkeit und Civilisation hervorragende Dienste geleistet und der Dank aller guten Menschen jenen Socialdemokraten gebühre, welche sich der Vollendung jenes großen Werkes gewidmet.

Die nahezu eine Stunde währende Rede Most's wurde von den anwesenden Deutschen aufs lebhafteste beklatscht;

Das deutsche Volk, meinte der Redner, habe aus jener Revolution Lehren gezogen und die socialdemokratische Partei gegründet. Sodann wurden die von der deutschen Regierung zur Unterdrückung der Partei ergriffenen Maßregeln aufs schärfste verurtheilt. Tausende seien aus Berlin ausgewiesen worden (!!), weil sie ihre Meinung über jene unpopulären Maßregeln ausgesprochen. Auf die pariser Commune und den Berlich der Verkäufer, der pariser Arbeiterbevölkerung die Waffen zu entziehen, übergehend, bemerkte Most, daß dies der erste Versuch der arbeitenden Klasse gewesen sei, für die willkürlich unabhängige Existenz des Proletariats zu kämpfen. Ein Dr. Louis Weber, welcher die Resolution unterstützte, bemerkte, daß die Socialdemokraten sich nicht dem Glauben hingaben, durch Ermordung eines Kaisers oder Königs ihren Prinzipien Gelung verschaffen oder durch Erschließung eines einzelnen Kapitalisten den Sieg über das Kapital erringen zu können. Ihr Ziel müsse die Abschaffung der Privilegien und Monopole und die Einsetzung der Arbeit als „Nummer Eins“ sein. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf ein Gefangverein die Lausanne-Marceillaise und ein Lied „Freiheit“ vortrug. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche die Sympathien der Versammlung für die Opfer der 1871er Commune ausdrückte.

Bekanntlich sind nicht „Tausende“, sondern noch nicht hundert Socialdemokraten aus Berlin ausgewiesen worden. Eine berechtigte Motivierung dieser Maßregel als durch die Most'sche Interpretation der wahren Socialdemokratie kann wohl kaum erbracht werden.“

— Durch Cabinetordre vom 22. März hat der Kaiser, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mittheilt, dem Statut der Wilhelm's-Spende die Genehmigung ertheilt.

— Die Germania schreibt: „Die in den letzten Tagen von der Presse vielfach verbreiteten Nachrichten über die Verhandlungen unserer Regierung mit dem apostolischen Stuhle beruhen lediglich auf Combinationen. Thatsächlich steht nur fest, daß die Verhandlungen in jüngster Zeit wieder in regem Fluge gekommen sind. Ueber die Vorschläge, welche von den Verhandlenden gemacht worden sind, verlautbart selbstverständlich nichts; was in der Presse mittheilt wird, ist darum in den Bereich der Muthmaßungen über der Wilhelms zu verweisen.“

— Die National-Zeitung berichtet: „Als künftiger Statthalter von Elsaß-Lothringen ist, wie glaubhaft verlautet, Generalfeldmarschall v. Manteuffel in Aussicht genommen.“

— Der Deutsche Reichs-Anzeiger bemerkt unter dem 24. März: „Die Telegramme des Grafen Melisow vom 19. und 20. März besagen, daß Pestkranke nicht vorhanden seien. Zwei von ihm eingesetzte Commissionen, an deren Spitze der Generalmajor Orlow, beziehentlich der Oberst Davydow stehen, sind am 20. März von Astrachan abgereist, um sämtliche Fischereien der Wolga und Alstuba zu untersuchen. Die in dem petersburger «Herold» vom 13. März enthaltene Nachricht über verdächtige Erkrankungen in Kasan ist nach amtlicher Mittheilung unbegründet. Weder in der Hospitalklinik noch in den Spitäler sind verdächtige Krankheitsfälle mit Drüsenausschwellungen vorgekommen.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 erstreckt sich das Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter den Aufschriften „Bitter“, „Eulenburg jun.“ und „Der 18. März“ zur Ausgabe gelangen.

Preußen. Aus Berlin vom 24. März wird berichtet: „Prinz Karl hat eine sehr gute Nacht gehabt; die Aerzte erklären den Prinzen für völlig wiederhergestellt und deshalb werden Bulletins nicht weiter ausgegeben.“

— Der Breslauer Morgen-Zeitung geht aus Waldeburg ein längerer Bericht über einen Vortrag des Dr. Gros aus Breslau über „die Arbeiterhülfeklassen, insbesondere die Krankenkassen, unter Berücksichtigung der neuern Gesetzgebung“ zu:

Der Vortragende hält sich dabei an folgende Sätze: 1) Das Thema der Arbeiterhülfeklassen begrenzt sich eng oder weit, je nachdem man das Hülfeklassenwesen a) nur als eine Ergänzung der öffentlichen Armenpflege und als einen Nothbehelf zur Entlastung der verpflichteten kommunalen Verbände ansieht, oder b) in dem Hülfeklassenwesen, richtiger in der „Arbeiterversicherung“, die beste, ja vielleicht die einzige mögliche Einrichtung erblieb, um dem Arbeiter den vollen Erfolg der „Selbstkosten der Arbeit“ zu garantieren. 2) Das heutige Recht erkennt kein Recht auf Arbeit an und kann ein solches Recht nach Maßgabe unserer gegenwärtigen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung nicht anerkennen. Um dem Arbeiter den vollen Erfolg der Selbstkosten unter der Beibehaltung des freien Arbeitsmarktes zu garantieren, wäre eine sechsfache Versicherung nötig: a) des Kindererziehungsgebäudes (Wiederherstellung des vergebenden Lebens); b) des arbeitsunfähigen Alters; c) der Begräbnisskosten; d) der vorzeitigen Invalidität; e) für den Fall vorübergehender Krankheit; f) für den Fall der Arbeitslosigkeit. (Hierbei erwähnt Redner auf eine Schrift von Brentano: „Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung.“) 3) Die unter 2a und f genannten Versicherungskarten sind die Voraussetzung für die Möglichkeit einer garantirten Versicherung nach Pol. 2a-d. Ohne Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit keine Fortzahlung der Prämien bei andern Versicherungszweigen. 4) Die Versicherung des Arbeiters in dieser umfassenden Weise erhebt mathematische Grundlagen, welche zur Zeit noch mangeln, und eine Höhe des Lohnes, welche vielleicht noch nicht erreicht ist. Die dem entgegenstehende Schätzung Engel's besitzt keine Beweiskraft. 5) Die Gesetzgebung des Deutschen Reiches war zu einer Ordnung des Hülfeklassenwesens geneigt, theils durch die Verordnung in §. 141 der Gewerbeordnung und durch die ungleichmäßige Auslegung, welche dieser Paragraph gefunden, theils durch die Reformbedürftigkeit und Unvollkommenheit des bisherigen Zustandes. 6) Bei Ordnung des Hülfeklassenwesens, resp. bei Erlass des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfeklassen vom 7. April 1876 und des Gesetzes über Abänderung des Tit. 8 der Gewerbeordnung vom 8. April 1876 hat sich der Gesetzgeber auf das Nothwendigste beschränkt. Die Maxima dessen, was versichert werden kann an Krankengeld, an Sterbegeld, sind relativ zu niedrig bemessen. Ueber den Inhalt beider Gesetze ist eine berechtigte Klage nicht zu führen. 7) Die Beschränkung der gesetzlichen Anordnungen auf ein Hülfeklassenwesen mit minimalen Leistungen ist gerechtfertigt aus den unter 4 angeführten Gründen. Der freien Vereinstätigkeit muß es überlassen bleiben, weiter zu bauen und nach und nach die Grundlagen und Formen zu finden für eine Weiterentwicklung. Diesen Schöpfungen einer hoffentlich nicht allzu fernen Zukunft wird seinerzeit die regelnde Hand der Gesetzgebung ebenso wenig fehlen als den Genossenschaften und den jehigen beschrankten Arbeiterhülfeklassen. 8) Von der Verwendung der Kaiser-Wilhelms-Spende zu Arbeiterhülfeklassenzwecken ist nur eine sehr geringe Ausbeutung des Lohnfonds zu gewünschen, der sich im wesentlichen stets nur aus dem Lohnfonds ergänzen kann.“

Thüringische Staaten. — Aus Thüringen, 21. März. In Weimar hat der Landtag gestern das Ausführungsgesetz zur Civilprozeß- und Concursordnung in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen und 67000 M. zu Neubauten bewilligt. Die Regierung hat den neuen Justizetat eingebroacht, welcher im ganzen mit 288400 M. abschließt. Die Landgerichte in Weimar und Eisenach erforderten 128800, dasjenige in Gera einen Beitrag von 25528 M. Die Besoldungen bei den Landgerichten sind dahin normirt, daß ein Präsident 6500—7000, ein Director 5500—6000, ein Richter 3000—5000, ein Staatsanwalt 3000, beziehungsweise 4000—4500, beziehungsweise 5000 M. erhält. Die Amtsrichterbefördung bewegt sich zwischen 2500—4000 M. und noch 400—1500 M. für die Aufsichtsführung.

Baiern. Bei dem von der liberalen Partei in Augsburg zur Feier des Geburtstags des Kaisers veranstalteten Volksfest, an der über 1000 Männer aller Stände teilnahmen, sprach der als Redner berufene erste Bürgermeister Ludwig Fischer wie folgt:

Kaum war der Jubelzug verballt, womit wir vor 12 Monaten unser Kaiser Eintritt in ein neues Lebensjahr froh begrüßt hatten, da kamen die schreckensvollen Tage, an welchen von Gott verlassene Sendlinge des Auswurfs der Nationen die menschmörderische Hand erhoben — gegen den edwürdigen Kreis, gegen den siegessicheren Helden, gegen den alzzeit gerechten Begründer und Schirmherr des Reiches, gegen den Führer des deutschen Volkes. Wer kann und welche uns heute bei der Erinnerung an jene Tage bewegen? Es mag genügen, wenn gefragt wird: daß wir den Angriff auf des Kaisers Majestät als einen Angriff auf die Sicherheit aller erkannt, daß die gemeinsam bestandene Gefahr uns nur noch fester mit Kaiser und Reich verbunden, und daß wir nach dem Geschehen die Pflicht fühlen, auch unser König mit einem verdoppelten Schutzwall der Liebe und Treue zu umgeben. Dabei soll und wird es bleiben immerdar! Unter dem Einbruck der Ereignisse des letzten Jahres feiern wir — mit vermehrtem Ernst zwar, aber nicht mit verminderter Freude — den heutigen Kaiserstag. Aus vollen warmen Herzen bringen wir unserm Kaiser unsere Huldigung dar, wünschen wir ihm Glück und Segen. Heiterlich wiederholen wir auch heute das Gelöbnis, daß wir immer und gern beitragen werden zur Erhaltung der Macht des Reiches. Die Lage erfordert gebieterisch, daß Deutschland eine Regierung habe, die stark ist nach innen und nach außen; diese Regierung zu führen und zu vertreten, erklären wir uns bereit. Durch die That wollen wir bekunden, daß in uns das Bewußtsein lebt, wie viel des Dankes wir dem Kaiser schulden. Wie haben denn Kaiser zu danken dafür, daß er strenge Maßnahmen genehmigte gegen jene, die jeder staatlichen Ordnung abhold sind und Leben wie Eigentum der Bürger bedrohen. Anspruch auf unsern Dank hat der Kaiser, weil er des Staates Gesetz als die allein zulässige Grundlage der auch von uns gewünschten Bestiegung kirchenpolitischer Streitfragen festhält. (Allgemeine Zustimmung.) Zu danken haben wir dem Kaiser, weil er unsere Bitte um Schutz für die deutsche Arbeit erhört und Veranstaltungen getroffen hat, welche der deutschen Landwirtschaft, dem deutschen Gewerbe, der deutschen Industrie die ihnen gebührende, lange entbehrt Verstärkung gewähren sollen. Dankbar müssen wir dem Kaiser sein, weil er mit Wohlwollen die Rathschläge des großen Kaisers entgegen nimmt, der unser wiedergeborenen Deutschen Reiches gewissenhafter und jüngsamer Kaufmänner ist, und gleiche Dankeskulde haben wir unserm Könige abzutragen, weil er — eingespielt mit seinem kaiserlichen Bundesgenossen — die das wohlverstandene Volksinteresse wahrenen Bestrebungen dieses Reichskanzlers gutheiht, dem auch wir mehr vertrauen als seinen Widersachern. (Jüngsamer Beifall.) Und so komme denn das, was die ganze Versammlung denkt und wünscht zum Ausdruck durch den einflussreichen Ruf: „Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser, dessen Geburtsfest wir heute feiern, und unser König ludwig II. leben hoch! hoch! hoch!“

Elsaß-Lothringen. — Straßburg, 20. März. Der Elsässer Anzeiger, ein einheimisches Blatt, schreibt: „Während die verschiedensten, theils unausführbaren autonomistischen Combinationen im Umlauf sind, spricht sich die öffentliche Meinung jeden Tag entschiedener dahin aus, man möge sämtliche Befreiungen der im Reichslande amtierenden Abtheilung für Elsaß-Lothringen unserm hochgeschätzten Oberpräsidenten Hrn. v. Möller übertragen. Wie wir hören, sollen nächstens Petitionen in dieser Richtung an hohen Ort gelangen.“ Das wäre auch nach unserer Meinung das Einfachste. Hrn. v. Möller könnte mit einer Anzahl von Nächten die Regierung führen, und wenn dann der Dictaturparagraph wegfiele sowie dem Landesausschüsse das Recht der Initiative zuerkannt würde — wobei selbstverständlich die Rechte des Reichstages genügender demselben unangetastet bleiben müßten — so wäre das alles, was die Leute vorderhand wünschen. An fürstliche Statthalter mit Chargen hat noch niemand gedacht als das Elsässer Journal oder vielmehr Hrn. Schneiders, der aber in seinem Vaterlande das Schicksal aller Propheten theilt. — Letzten Samstag hat der Landesausschütt seine Sitzungen geschlossen. Wie wenig Ernst es demselben mit seinem — übrigens nicht einstimmig angenommenen — Antrage auf Auflösung Elsaß-Lothringens als verfassungsmäßiger Bundesstaat ist, geht aus seinen beiden später gestellten Motionen hervor, worin die Aufhebung des Dictaturparagraphen und die Zulassung aller im übrigen Deutschland erlaubten Zeitungen gewünscht wird, denn diese Motionen sind ja durch den ersten Antrag gestellt. — Als dieser Tage in einer Lehrver-

sammlung die Frage angeregt wurde, ob man gegen die Beschimpfungen des Abgeordneten Winterer im Reichstage öffentliche Verwahrung einlegen solle, wurde bedrödlicherseits davon abgerathen mit der Bemerkung, daß „auf das Gewäsch des betreffenden Herrn auch niemand das allergeringste Gewicht lege“.

Österreich-Ungarn.

Die Presse schildert ein Intermezzo aus dem ungarischen Abgeordnetenhaus:

Gegenlich der Beratung über den Etat des Honvédministeriums greift Gabriel Ugron die angeklagte antimährische Stimmung des Honvédgenerals Mariássy an. Ministerpräsident Tisza bemerkt, daß Ugron noch in den Windeln gelegen, als Mariássy schon sein Blut für das Vaterland vergossen und eine Sieder der Horalichkeit gewesen. (Beifall rechts.) Gabriel Ugron (in persönlicher Bemerkung): „Ich habe ein Factum angeführt. Ich weise die Bemerkung des Ministerpräsidenten zurück.“ Ministerpräsident Károlyi Tisza: „Was? daß Sie in den Windeln lagen?“ (Große Heiterkeit.) Gabriel Ugron: „Ich weise die Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten deshalb zurück, weil ich am allergeringsten dafür kann, daß ich in den Windeln lag.“ (Große Heiterkeit.) Die Zurechtweisung des Ministerpräsidenten wird dann am Platze sein, wenn ich meine Pflicht nicht erfüllen werde, wie der Herr Minister in den Jahren 1878/79, als er nicht in den Windeln lag und seine Pflicht doch nicht erfüllte.“ (Gerausche rechts.) Ministerpräsident Károlyi Tisza: „Ich glaube, geehrtes Haus, daß ich damit niemand verlange, wenn ich sage, daß er einst in den Windeln gelegen. Hätte ich gesagt, daß er in die Windeln geboren, so wäre dies eine Beleidigung gewesen (Heiterkeit), aber ich habe es nicht gesagt.“

Italien.

Aus Rom vom 23. März berichtet man der Kölnischen Zeitung: „Es gilt hier für entschieden, daß der Runtius Aloisi von München an Mazzini's Stelle nach Paris kommt und Bonaparti, der frühere Unterstaatssekretär, nach München.“

Unter der Überschrift „Etwas aus dem Vatican“ bringt die Kölnische Zeitung einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Die Vorahnung einer bedeutungsvollen Krise in den Beziehungen der beiden in Rom residierenden Hofs macht sich geltend. Mit einer Art von instinctmäßiger Vorgespürtaute diese Ahnung auf, als vor einigen Wochen die Königin Margherita bei einem Besuch des Hospitals von San-Spirito zufällig dort den Principe Paolo Borghese, den Director jenes Instituts, einen Ultramontanen und Feind des Hauses von Savoien strengster Oberbank, vorgesunden habe, der, gerade im Hospital weilend, als er von der unerwarteten Ankunft des königlichen Besuches vernommen, sofort per Königin entgegengekommen sei, dieselbe durch die Ankunft begleitet und über eine Stunde sich mit ihr unterhalten habe. Um die ganze Wucht eines solchen Ereignisses zu fassen, muß man wissen, daß das Haus Borghese, das angelebte des hiesigen hohen Aristokratie, bis jetzt starr auf dem Standpunkte des Non possumus gestanden und jede Verührung mit dem Hofe aufs strengste gemieden, ja sich meistens außerhalb Roms aufgehalten hat. Die obige Begegnung also, an deren „Zusfälligkeit“ natürlich niemand glauben konnte, war demgemäß ein Act von wahrhaft revolutionärer Bedeutung, der zunächst eine glänzende gesellschaftliche Perspektive von weiteren Verbindungen und glänzenden Festen des Hoses und der Aristokratie eröffnet, dann aber auch kaum ihr etwas anderes als den Ausgangspunkt wichtiger Wandlungen für die Kurie wie für Italiens Politik gelten kann. Wie in diesem Fall, so tritt auch bei anderer Gelegenheit die habselige Gesell der Königin überhaupt immer mehr in den Augen von Liberalen sowohl als den Freunden als der eigentliche Friedensengel in den Vordergrund. Selbst die Alerikisten sprechen mit einer unverkennbaren humoristischen Vertheidigung davon, wie die neulich in Rom angestellte Collecte von Peterspfennigen die reichste Ernte in der Pfarrkirche des königlichen Hofes (bei Sudario) abgeworfen habe, indem die Königin 3000 Lire für den heiligen Vater beigesteuert habe. Und dass dieser letzter gar nichts thut, um die eingerissene Fahnenschlacht des ehemals papstfreundlichen Adels aufzuhalten, daß er im Gegenteil aus seinem Vergnügen über den Schritt des Paolo Borghese kein Hehl macht, das ist in den Augen der Italioten ein himmelschreiber Bruch mit allen Traditionen des Non possumus. Die dem Andenken Pius IX. treu gehobene Aristokratie knirscht darüber, daß alle Uebung sie zwinge, „dem Etiocare im Vatican ihren Rücken zu drehen“. Wäre es nicht des Germomens und des guten Scheins wegen, versichern sie, niemand von ihnen würde mehr die Schwelle des päpstlichen Palastes überschreiten. Leo kennt diese Besinnungen und verbietet deshalb bei dem jüngsten Nachgescheidmich des Todes seines Vorgängers, daß durch Aufhängung von Kränzen und Blumen auf dem Grabe desselben dem lebenden Papst ein Missbrauchsvotum, „durch die Blume“ bereitet würde. Kurz, die in der Wolle gesärbten Schwarzen werden bereits nervös beim blohen Anhören des Namens Leo's XIII., denn noch mehr und größeres Unheil schwant ihnen. Nicht ohne Ursache, viel weniger aber noch ohne Absicht fliegt Leo und sein Staatssekretär so unablässig über die Abnahme des Peterspfennigs. Nicht ohne Roth, aber noch viel mehr zu demonstrativem Zwecke brachte der Papst neulich die Hinterlassenschaft von Pius IX. zum Verkaufe. Er hat einen gewaltigen Triumph in potto gegen die fanatische Partei, die ihn durch Sperrung des Peterspfennige unter ihren Willen brennen möchte. Wünschen ihm doch die im italienischen Garantiegeley die für die „Verwaltung der päpstlichen Paläste“ ausgelegten und seit 1871 gewaltig aufgehäuften jährlichen $\frac{1}{4}$ Mill. Frs.! Lassen die Freunde die Kurie darben, warum soll Leo die Hand nicht nach diesen lockenden und überreichen Früchten ausstrecken? Bereits hat der Papst diesen Entschluß, der alle selbigen Proteste begraben würde, seinen Cardinalen angelündigt, als er sie vor einiger Zeit zusammenrief, ihnen mitteilte, daß die Kassen erschöpft, eine Einstellung der Zahlungen

der Gehälter in Aussicht sei, und daß jede Vereinigung von verschiedenen Amtsgehältern sofort ausgegeben werden müsse. „Seht das so fort“, bemerkte Leo weiter, „so weiß ich kein anderes Mittel, als die Millionen von der italienischen Regierung anzunehmen.“ Das wirkte wie ein Donnerschlag auf die Hörer, die ja zum größten Theile noch ganz pianischen Gepräges sind. Noch eins schließlich räumt man sich in die Ohren, und zwar gerade in jenen Kreisen, deren Fühlung unmittelbar von den Vorzimmern der hohen Prälaten bis in den Vatican hineinreicht. Leo hat seit dem Hingange Franchi's kleinen Augenblick die geheimnisvolle Art des Todes seines treuen Dieners aus den Augen verloren. Die Sache schien schon eingeschlafen zu sein, da gelang es mit einem male dem Papste und seinem scharfslinigen Bruder, gewisse Individuen an einer empfindlichen Stelle ihrer persönlichen Interessen zu packen und denselben ein richtiges Gefändniß zu entreißen: ein Träuflein war vom Auslande her in den Vatican geschickt worden, aber nicht für Franchi bestimmt, sondern für eine „höchste Persönlichkeit“. Der Zufall fügte es, daß Franchi statt Leo XIII. sich mit demselben erfrischen mußte.

Frankreich.

* Paris, 23. März. Wir lesen im Rappel: „Der Bischof von Grenoble und sein Generalsekretär haben an die Gläubigen des Bistums ein Rundschreiben gerichtet, worin sie den offensären Vorheil der religiösen Congregationen hervorheben. Der erste Beweisgrund, den diese Herren zur Vertheidigung ihrer These anführen, ist folgender: er überhebt uns der Mühe, die übrigen zu reproduzieren: „Die religiösen Congregationen“, schreiben sie, „angreifen heißt sowiel wie Jesum Christum in eigener Person angreifen. Jesus Christus hat die religiösen Congregationen gegründet durch sein Beispiel, sein Wort und seine Thaten.“ Napoleon“, bemerkt der Rappel, „hat mit seinem 18. Brumaire die Bonapartisten gegründet, das ist allerdings wahr; aber Jesum Christus ist doch um Gottes willen an den Jesuiten nicht schuld; sonst würde ja seine Verdammung zum Tode allen braven Leuten nicht mehr monströs ungerecht erscheinen.“

Der Soleil schreibt: „Wir fangen an zu verstehen, warum Dr. Gambetta die Präsidentschaft des Conseils mit all ihren täglichen Mühseligkeiten nicht übernimmt. Da er so folgsame Minister und bereitwillige Deputierte zur Verfügung hat, um seine Ideen zu realisieren, so braucht er weiter nichts zu thun als zuzusehen. Jedoch von dem Augenblick an, wo das Ministerium vom 5. Febr. entschlossen die Bahn betrifft, welche der Chef des Opportunismus in seinem Vortrag in Romans vorgezeichnet hat, darf Dr. Waddington keinen Anspruch mehr darauf machen, das linke Centrum bei der Conseilpräsidentschaft zu repräsentieren. Die zweite Etappe gehört nicht dem linken Centrum: sie gehört der republikanischen Union, da Dr. Gambetta die Veranstaltung derselben vorgezeichnet hat.“

Königreich Sachsen.

Aus Dresden vom 24. März berichtet das Dresdner Journal: „Se. Maj. der König ist gestern Abend 7 Uhr 23 Min. von Berlin hierher zurückgekehrt. Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Georg sind gestern Mittag 12 Uhr 15 Min. wieder hier eingetroffen.“

† Leipzig, 25. März. In der gestrigen sehr zahlreichen Versammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft hielt Generalconsul Dr. v. Scherzer einen in hohem Grade anziehenden Vortrag über deutsche Arbeit in fremden Erdtheilen, deutsche Arbeit, die sich überall bis zu den äußersten Punkten des Erdalls geltend macht:

Der größte Einfluss deutschen Wesens zeigt sich in Amerika, wo freilich seine Leistungen geruht sind. Englisch-Amerikanische Übersetzung werden. Schon nach dem Dreißigjährigen Kriege strömten Deutsche zu Tausenden über den Ocean und bereits zu jener Zeit traten einzelne für die blütige Freiheit, sogar für Abolition der Sklaverei in die Schranken. Ihre Tätigkeit bewiesen sie vorzugsweise als Landwirte und Gewerbetreibende in Pennsylvania. An dem Unabhängigkeitskriege nahmen die Deutschen ebenso wichtigen Anteil wie die englischen Bewohner von Nordamerika. Redner gab, wie auch bezüglich der nächsten erwähnten Länder, einzelne sehr anziehende Beispiele von Thalikraft und Unternehmungsgeist der Deutschen — wir müssen es uns leider vertagen, hier näher auf dieselben einzugehen. Die Gesamtzahl der Deutschen in den Vereinigten Staaten schlug der Vortragende auf ein Zehntel der sämischen Bevölkerung an. Auch in Mittelamerika ist das deutsche Element stark vertreten, obschon sich das protestantische dort nicht eben angezogen finden kann. In Peru und Chile, ja selbst in Patagonien sind die jähren Deutschen eingedrungen, in größerer Menge in La-Plata und Uruguay, zum Theil auch im Süden von Brasilien und wiederum im Caplande. Wichtige Punkte ihrer Ansiedelung sind ferner Ceylon, die Sundainseln, China, Japan — da ist der Handel vorwiegend vertreten, in Australien dagegen besonders die Landwirtschaft und neben ihr die Wissenschaft, deren Opfer z. B. Reichart nun geworden zu sein scheint. Angesichts der jetzt eben wieder lebhaft erörterten Colonisationsfrage empfiehlt Dr. v. Scherzer als geeignete Länder für Deutsche besonders die Hochgebirgen von Mittelamerika, ferner die Republik Chile, die Samoainseln, die Salomonsinseln; diese leichteren Inselgruppen würden sich namentlich für Masseneinwanderung eignen. Außerdem wäre noch Neuguinea und Borneo zu beachten. Eine Auswanderung aus Deutschland sollte aber jedenfalls von der Regierung oder von einer wohlangelegten Gesellschaft geleitet wer-

den; dann könnte die deutsche Auswanderung den Segen, den sie bisher über fremde Völker und fremde Länder ausgestreut, dem eigenen Mutterlande zuteil werden lassen. (Anhaltender Beifall.)

Zum Schlusse der Versammlung wurde über die aus der Mitte der Gemeinnützigen Gesellschaft entstossenen Stiftungen und sonstigen „Kinder“ seitens des Vorsitzenden Dr. Gensel, des Stadtraths Schaff und Hrn. Viebeskind Bericht erstattet, so über die Stiftung, welche an verschiedenen Schulen 29 Freistellen geschaffen hat, über das Kunstmuseum, über die Bestrebungen zu Einführung von Baarzahlung, die in mehreren Fällen den schönsten Erfolg gehabt, über den Verein gegen Hausbettelrei, über die noch in der Gründung befindliche Dienstbotenkantensasse, über das Asyl für Obdachlose, dessen Pfleglinge über 14000 ansteigen und welches der kräftigsten Unterstützung dringend bedarf, endlich über die bevorstehende, am 15. Mai zu eröffnende Kunstmuseumausstellung, welcher eine erfreuliche Vertheilung in sicherer Aussicht steht (gegen 700 Aussteller). Am nächsten Dienstag, 1. April, in der letzten Vereinsitzung für dieses Halbjahr, wird Professor Riehl aus München über „Sebastian Bach und seine Stellung zu den religiösen Kampfen seiner Zeit“ sprechen.

* Leipzig, 25. März. Fünf die Hälftebedürftigen in Szegedin waren bis gestern im ganzen 27468 M. bei den verschiedenen hiesigen Sammelstellen eingegangen.

— Aus Leipzig vom 24. März berichtet das Leipziger Tageblatt: „In voriger Woche ist, wie wir vernehmen, eine Commission des Reichs-Justizamtes hier gewesen, um sich über den Fortgang der Umbauten in der Georgenhalle persönlich zu überzeugen. Die betreffenden Herren haben die beruhigende Sicherung mit hinweggenommen, daß alles im besten Gange ist und daß die Fertigstellung der Georgenhalle zum Zweck der intermissionistischen Aufnahme des Reichsgerichts schon am 1. Juni d. J. zu erwarten steht. Bei dieser Gelegenheit haben sich die Vertreter des Reichs-Justizamtes zugleich nochmals davon überzeugen können, daß für die Mitglieder und Beamten des Reichsgerichts vollauf genügende Wohnungen in unserer Stadt zur Verfügung stehen.“

† Leipzig, 24. März. Die heute begonnenen Schwurgerichtssitzungen werden sich mit 13 Anklagefällen beschäftigen und zwar wegen Münzverbrechens, Meineids und verschiedener Gewaltthärtigkeiten gegen das Leben, die Gesundheit und die weibliche Ehre. Die heutige Sitzung endigte — nach geheimer Verhandlung — mit der Verurtheilung des achtzehnjährigen Dienstmädchen Anne Louise Vogel aus Elsterberg, zuletzt in Sitzung in Diensten, wegen Kindertötung (unter Annahme misslicher Umstände) zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnisstrafe.

* Leipzig, 24. März. Der Kabarettsche Bühnenvorhang erfreute gestern Abend im großen Saale des Schillershauses ein äußerst zahlreiches Publikum durch die witzlich treffliche Ausführung einer Anzahl gutgewählter Bütten. Der Beifall, den die einzelnen Vorträge fanden, war ein wohlbvierter.

△ Schneeberg, 22. März. An dem Abiturientenexamen des hiesigen Seminars beteiligten sich 21 Mann (incl. eines Auswärtigen), von denen 3 die II., 6 die III., 6 die IV. und 6 die V. Cenfur erhielten. Dem ist jedoch hinzuzufügen, daß 4 derselben das Examen in einem Fach (1 Turnen, die übrigen in Arithmetik) nicht bestanden. Laut der Prüfungsverordnung erhielten dieselben keine Hauptcenfur, es ist jedoch zu erwarten, daß sie auf Antrag des Seminarirectors vom Ministerium die Vergünstigung erhalten, die Prüfung in dem betreffenden Fach nur wiederholen zu müssen. An der musikalischen Prüfung beteiligten sich 18 Examinanden.

Handel und Industrie.

Die Germania, Lebensversicherungs-Aktionsgesellschaft zu Stettin, hat nach ihrem jetzt festgestellten Geschäftsbilanz im Jahre 1878 glänzende Erfolge und eine wesentliche Steigerung ihres Geschäfts erzielt. Infolge des Zuganges von neuen Versicherungen über 18.000 M. Kapital hob sich, nach Abzug aller durch Tod oder aus andern Ursachen erloschener Versicherungen, der Bestand der Versicherungen von Kapitalien auf 223.877.500 M. Für Sterbefälle des Jahres 1878 wurden gezahlt 2.768.411 M., für bei Lebzeiten der Versicherten im Jahre 1878 fällig gewordene Versicherungsbeträge 397.727 M. und als Schädensreserve zu zuliegen gehalten 42.966 M. Dem Prämienereservefonds wurde aus der Einnahme des Jahres 1878 die Summe von 2.572.307 M. überwiesen und dessen Gesamtbetrag hierdurch auf 31.850.394 M. gleich 14,12 Proc. des versicherten Kapitals erhöht. Nach Deduction aller Abschreibungen, Ausgaben und Verpflichtungen der Gesellschaft verblieb ein Reingewinn von 1.254.489 M., der höchste, welcher seit dem Bestehen der Gesellschaft in irgendeinem Jahre erzielt wurde. Aus demselben erhalten die Actionäre 13 Proc. ihrer auf die Aktionen geleisteten Einzahlungen mit 24.000 M. und die mit Anspruch auf Dividende Versicherten 27 Proc. ihrer 1878 gezahlten Jahrestrappe (gegen 26 Proc. aus dem Jahre 1877) mit 73.883 M., während 12.954 M. der Kapitalreserve und 10.694 M. dem Conto für unvorhergeahnte Ausgaben als Extrareserve zugeschrieben wurden. Die gesammelten Activa der Gesellschaft betragen Ende 1878 44.354.543 M. und sind gegen das Vorjahr um 3.628.333 M. gewachsen.

* Antwerpen, 24. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, Ioco 22 $\frac{1}{2}$ bez., 22 $\frac{1}{2}$ Br., per April 22 $\frac{1}{2}$ Br., per September 24 Br., per September-December 24 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

* Glasgow, 24. März. (Roheis.) Mixes numbers warrant 43 Sh. 3 D.

Leipziger Börse.

25. März.

Wechsel.

Amsterdam pr. 100 Ct. n. . . .	{ k. S. p. 8 T. 160,20 G
	{ k. S. p. 2 M. 168,25 G
Brüssel und Antwerpen pr. 100 Fos. . . .	{ k. S. p. 8 T. 81 G
	{ k. S. p. 3 M. 80,30 G
London pr. 1 L. Sterl. . . .	{ k. S. p. 8 T. 20,51 G
	{ k. S. p. 3 M. 20,37 G
Paris pr. 100 France	{ k. S. p. 8 T. 81 G
	{ k. S. p. 3 M. 80,50 G
Petersburg p. 100 Silb. Rubel	{ k. S. p. 21 T. —
	{ k. S. p. 3 M. —
Warschan p. 100 Silb. Rubel	{ k. S. p. 8 T. 173,60 R
	{ k. S. p. 3 M. 171,90 R

Deutsche Fonds. %	Zins-Term.
Deutsche R.-Anl. 1877 v. 5000—3000,-R. 4	1/4 1/10
do. do. do. v. 1000,-R. 4	97,60 R
do. do. do. v. 500—300,-R. 4	97,70 R
H. S. Renten-Anl. v. 1876 v. 5000—3000,-R. 3	1/1, 1/7
do. do. do. do. 3	74,35 R
do. do. do. v. 1000,-R. 3	74,45 R
do. do. do. v. 500,-R. 3	74,55 R
do. do. do. v. 300,-R. 3	74,65 R
do. do. do. v. 100,-R. 3	74,75 R
H. S. St.-Anl. v. 1830 v. 1000 u. 500,-R. 3	1/4, 1/10
do. — 1830—200—25,-R. 3	86,40 G
do. — 1835—200—25,-R. 3	86,50 G
do. — 1847—500,-R. 3	86,50 G
do. — 1852—65 v. 1860,-R. 3	86,55 G
do. — 1869 — 500,-R. 3	86,65 G
do. — 1872—85—100,-R. 3	86,75 G
do. — 1879 v. 100,-R. 3	86,85 G
do. — 1885—50—100,-R. 3	86,95 G
do. — 1892—100,-R. 3	87,05 G
do. — 1898—125,-R. 3	87,15 G
do. — 1904—150,-R. 3	87,25 G
do. — 1910—175,-R. 3	87,35 G
do. — 1916—200,-R. 3	87,45 G
do. — 1922—225,-R. 3	87,55 G
do. — 1928—250,-R. 3	87,65 G
do. — 1934—275,-R. 3	87,75 G
do. — 1940—300,-R. 3	87,85 G
do. — 1946—325,-R. 3	87,95 G
do. — 1952—350,-R. 3	88,05 G
do. — 1958—375,-R. 3	88,15 G
do. — 1964—400,-R. 3	88,25 G
do. — 1970—425,-R. 3	88,35 G
do. — 1976—450,-R. 3	88,45 G
do. — 1982—475,-R. 3	88,55 G
do. — 1988—500,-R. 3	88,65 G
do. — 1994—525,-R. 3	88,75 G
do. — 1998—550,-R. 3	88,85 G
do. — 2004—575,-R. 3	88,95 G
do. — 2010—600,-R. 3	89,05 G
do. — 2016—625,-R. 3	89,15 G
do. — 2022—650,-R. 3	89,25 G
do. — 2028—675,-R. 3	89,35 G
do. — 2034—700,-R. 3	89,45 G
do. — 2040—725,-R. 3	89,55 G
do. — 2046—750,-R. 3	89,65 G
do. — 2052—775,-R. 3	89,75 G
do. — 2058—800,-R. 3	89,85 G
do. — 2064—825,-R. 3	89,95 G
do. — 2070—850,-R. 3	90,05 G
do. — 2076—875,-R. 3	90,15 G
do. — 2082—900,-R. 3	90,25 G
do. — 2088—925,-R. 3	90,35 G
do. — 2094—950,-R. 3	90,45 G
do. — 2010—975,-R. 3	90,55 G
do. — 2016—1000,-R. 3	90,65 G
do. — 2022—1025,-R. 3	90,75 G
do. — 2028—1050,-R. 3	90,85 G
do. — 2034—1075,-R. 3	90,95 G
do. — 2040—1100,-R. 3	91,05 G
do. — 2046—1125,-R. 3	91,15 G
do. — 2052—1150,-R. 3	91,25 G
do. — 2058—1175,-R. 3	91,35 G
do. — 2064—1200,-R. 3	91,45 G
do. — 2070—1225,-R. 3	91,55 G
do. — 2076—1250,-R. 3	91,65 G
do. — 2082—1275,-R. 3	91,75 G
do. — 2088—1300,-R. 3	91,85 G
do. — 2094—1325,-R. 3	91,95 G
do. — 2010—1350,-R. 3	92,05 G
do. — 2016—1375,-R. 3	92,15 G
do. — 2022—1400,-R. 3	92,25 G
do. — 2028—1425,-R. 3	92,35 G
do. — 2034—1450,-R. 3	92,45 G
do. — 2040—1475,-R. 3	92,55 G
do. — 2046—1500,-R. 3	92,65 G
do. — 2052—1525,-R. 3	92,75 G
do. — 2058—1550,-R. 3	92,85 G
do. — 2064—1575,-R. 3	92,95 G
do. — 2070—1600,-R. 3	93,05 G
do. — 2076—1625,-R. 3	93,15 G
do. — 2082—1650,-R. 3	93,25 G
do. — 2088—1675,-R. 3	93,35 G
do. — 2094—1700,-R. 3	93,45 G
do. — 2010—1725,-R. 3	93,55 G
do. — 2016—1750,-R. 3	93,65 G
do. — 2022—1775,-R. 3	93,75 G
do. — 2028—1800,-R. 3	93,85 G
do. — 2034—1825,-R. 3	93,95 G
do. — 2040—1850,-R. 3	94,05 G
do. — 2046—1875,-R. 3	94,15 G
do. — 2052—1900,-R. 3	94,25 G
do. — 2058—1925,-R. 3	94,35 G
do. — 2064—1950,-R. 3	94,45 G
do. — 2070—1975,-R. 3	94,55 G
do. — 2076—2000,-R. 3	94,65 G
do. — 2082—2025,-R. 3	94,75 G
do. — 2088—2050,-R. 3	94,85 G
do. — 2094—2075,-R. 3	94,95 G
do. — 2010—2100,-R. 3	95,05 G
do. — 2016—2125,-R. 3	95,15 G
do. — 2022—2150,-R. 3	95,25 G
do. — 2028—2175,-R. 3	95,35 G
do. — 2034—2200,-R. 3	95,45 G
do. — 2040—2225,-R. 3	95,55 G
do. — 2046—2250,-R. 3	95,65 G
do. — 2052—2275,-R. 3	95,75 G
do. — 2058—2300,-R. 3	95,85 G
do. — 2064—2325,-R. 3	95,95 G
do. — 2070—2350,-R. 3	96,05 G
do. — 2076—2375,-R. 3	96,15 G
do. — 2082—2400,-R. 3	96,25 G
do. — 2088—2425,-R. 3	96,35 G
do. — 2094—2450,-R. 3	96,45 G
do. — 2010—2475,-R. 3	96,55 G
do. — 2016—2500,-R. 3	96,65 G
do. — 2022—2525,-R. 3	96,75 G
do. — 2028—2550,-R. 3	96,85 G
do. — 2034—2575,-R. 3	96,95 G
do. — 2040—2600,-R. 3	97,05 G
do. — 2046—2625,-R. 3	97,15 G
do. — 2052—2650,-R. 3	97,25 G
do. — 2058—2675,-R. 3	97,35 G
do. — 2064—2700,-R. 3	97,45 G
do. — 2070—2725,-R. 3	97,55 G
do. — 2076—2750,-R. 3	97,65 G
do. — 2082—2775,-R. 3	97,75 G
do. — 2088—2800,-R. 3	97,85 G
do. — 2094—2825,-R. 3	97,95 G
do. — 2010—2850,-R. 3	98,05 G
do. — 2016—2875,-R. 3	98,15 G
do. — 2022—2900,-R. 3	98,25 G
do. — 2028—2925,-R. 3	98,35 G
do. — 2034—2950,-R. 3	98,45 G
do. — 2040—2975,-R. 3	98,55 G
do. — 2046—3000,-R. 3	98,65 G
do. — 2052—3025,-R. 3	98,75 G
do. — 2058—3050,-R. 3	98,85 G
do. — 2064—3075,-R. 3	98,95 G
do. — 2070—3100,-R. 3	99,05 G
do. — 2076—3125,-R. 3	99,15 G
do. — 2082—3150,-R. 3	99,25 G
do. — 2088—3175,-R. 3	99,35 G
do. — 2094—3200,-R. 3	99,45 G
do. — 2010—3225,-R. 3	99,55 G
do. — 2016—3250,-R. 3	99,65 G
do. — 2022—3275,-R. 3	99,75 G
do. — 2028—3300,-R. 3	99,85 G
do. — 2034—3325,-R. 3	99,95 G
do. — 2040—3350,-R. 3	100,05 G
do. — 2046—3375,-R. 3	100,15 G
do. — 2052—3400,-R. 3	100,25 G
do. — 2058—3425,-R. 3	100,35 G
do. — 2064—3450,-R. 3	100,45 G
do. — 2070—3475,-R. 3	100,55 G
do. — 2076—3500,-R. 3	100,65 G
do. — 2082—3525,-R. 3	100,75 G
do. — 2088—3550,-R. 3	100,85 G
do. — 2094—3575,-R. 3	100,95 G
do. — 2010—3600,-R. 3	101,05 G
do. — 2016—3625,-R. 3	101,15 G
do. — 2022—3650,-R. 3	101,25 G
do. — 2028—3675,-R. 3	101,35 G
do. — 2034—3700,-R. 3	101,45 G
do. — 2040—3725,-R. 3	101,55 G
do. — 2046—3750,-R. 3	101,65 G
do. — 2052—3775,-R. 3	101,75 G
do. — 2058—3800,-R. 3	101,85 G
do. — 2064—3825,-R. 3	101,95 G
do. — 2070—3850,-R. 3	102,05 G
do. — 2076—3875,-R. 3	102,15 G
do. — 2082—3900,-R. 3	102,25 G
do. — 2088—3925,-R. 3	102,35 G
do. — 2094—3950,-R. 3	102,45 G
do. — 2010—3975,-R.	

* Leipzig, 25. März. Die auswärtigen Börsen sandten gestrige mitternächtliche Kurse und war infolge dessen auch an unserer Börse schwächer Tendenz, doch lamen mehrfach größere Abschlässe zu Stande. Reichs-, Preußische und Sächsische Renten großes Geschäft bei teilweise höheren Kurzen; ausländische Bonds niedriger bei geringem Verkehr.

Eisenbahnauctionen ziemlich belebt. Für Potsdamer, Steiner, Anhalter, Halberstädter, Oberschlesische, Thüringer, Rheinische, Bergische, Mainzer und Turnauer zeigte sich gute Kauflust; Kottbusser waren nachgebend.

Von Eisenbahnauctionen gästen Leipziger Credit etwas billiger als sehr beliebt und wurden in großen Beträgen gehandelt; auch Leipziger Bank, Dresdenner Bank, Germer, Gothaer, Darmstädter, Berliner Disconto und Deutsche Bank waren recht beschäftigt.

Von Industriepapieren waren Zimmerman, Kettenstepper, Sondermann und besonders Jürgens bei höheren Kurzen in Frage und teilweise in Umsatz; Baubank weichen.

Prioritäten belebt, besonders Anhalter C, Magdeburg-Leipziger, Halberstädter, Auffäger, Prag-Duxer, Böhmischen Prinzen, Prag-Turnauer, Dux-Bodenbacher, Böhmisches Nordbahn und Bischleitner; letztere etwas niedriger.

Metallien mäßig belebt.

Von Sorten waren österreichische und russische Banknoten billiger.

Neueste telegraphische Depeschen

* Budapest, 24. März. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Debatte über den Gesetzent-

Die moderne Bildung

geht dahin, sich in Geographie, Geschichte &c. möglichst umfassend zu unterrichten, während die meisten Menschen, oft die gebildeten, über die Einrichtung und Funktionen ihres eigenen Körpers fast gänzlich im Unklaren sind. Das bekannte Buch Dr. Arny's Naturheilmethode nimmt unter den populär-medizinischen Werken einen hervorragenden Rang ein und mühte in dem Besitz eines jeden gebildeten sein. Dasselbe ist reich illustriert und elegant ausgestattet in Richter's Verlags-Anstalt, Leipzig erschienen und gegen 1 Mark 20 Pf. (in Briefmarken) durch diese franco zu beziehen. Auszug daraus gratis und franco!

Aus dem Gebiete der praktischen Medizin!

Wie Professor Hardy vor einigen Monaten in einer seiner klinischen Vorlesungen in der Pariser Charité, der ich beiwohnte, betonte, werden die eisenhaltigen Medicamente in fälliger Form am besten von dem Magen vertragen. — Die concentrierten Eisentropfen, (Eisen-Bravais) vereinigen hinsichtlich ihrer Anwendung, sowohl für den praktischen Arzt, wie für den Patienten alle wünschenswerten Eigenarten, weil sie in der üblichen Dosis von 15—20 Tropfen vor jeder Mahlzeit in Wasser oder Wein genommen, keinerlei Geschmack abgeben. — Die Wirksamkeit dieses Eisen-Bravais ist unbestritten und von den ersten ärztlichen Autoritäten anerkannt, wie solches Jedermann, der sich dafür

interessiert, in der Broschüre „Anämie (Blutarmuth und ihre Behandlung)“, welche in den Apotheken gratis erhältlich ist, ersehen kann. — Die Resultate, welche mit den Eisentropfen Bravais schon nach einiger Zeit, bezüglich des allgemeinen Gesundheitszustandes erreicht werden, sind auffällig und können Blutarme, Bleichästige u. s. w. diese angehme Wirkung ohne erheblichen Kostenaufwand leicht an sich selbst probiren. — Wer leidet nicht mehr oder weniger an Blutarmuth? — Man erhält das Eisen-Bravais in den meisten Apotheken des In- und Auslandes.

(Aus dem „Evénement“.)

Dr. med. Paul Labarthe.

Auch im Ausland hat die die Stadt Szegedin betroffene furchtbare Katastrophe allgemeine Erholung herverufen und freut es uns zur Kenntnis zu bringen, daß ein ausländischer Industrieller, Herr Jules Jalousot, Besitzer der Grands Magazins du Printemps in Paris, in spontaner Weise sein Mitgefühl bekundete und der österreichischen Gesandtschaft sofort 500 Frs. für die Überschwemmungen zur Verfügung stellte.

[726]

Ankündigungen.

Schweizer Grenzpost

und Tagblatt der Stadt Basel.

Nedakteur: Dr. Abraham Roth.

Diese wöchentlich 6 Mal in großem Folio-Format erscheinende Zeitung ist in freier Lüftung geschrieben und mit einem guten bürgerlichen Feuilleton versehen. Ebenso bringt dieselbe die täglichen Kurserörter der Basler Börse, die telegraphisch gewandelten Schlüpfurze von London, New-York, Paris, Berlin, Frankfurt, Wien, Genf, Zürich, Seiden- und Baumwollenberichte, sowie Frucht- und Marktpreise. Durch thürige Privatkorrespondenten im In- und Auslande, sowie durch zuverlässige Berichte aus der Bundesstadt und zahlreiche Telegramme, sind wir im Stande, unsere Leser stets mit dem Neuesten bekannt zu machen.

Der Abonnementspreis beträgt, bei der Expedition bestellt: franco durch die ganze Schweiz für 3 Monate Fr. 4.30, für 6 Monate Fr. 8.50, direkt beim Postbüro bestellt 20 Frs. mehr.

Für das Groß-Baden, Elsaß und Lothringen, sowie für das übrige Reichsgebiet kostet die Zeitung pro Quartal Mark 4.70, bei den betreffenden Postämtern bestellt. Für das übrige Ausland kommt der betreffende Postzuschlag hinzu.

Die „Grenzpost“ hat unter allen hiesigen Blättern die grösste Verbreitung und ist daher zu inserieren ganz besonders geeignet. — Insertionspreis pro Zeile oder deren Raum 20 Frs. Briefe und Gelder franco.

Zu gefülligen Abonnements lädt ergebnis ein [733—34]

Die Expedition der „Schweizer Grenzpost“ in Basel.

Abonnements-Einladung.

Ausgabe der täglichen Frankfurter Zeitung: 22.500.

Ausgabe des Wochenblattes d. Frankf. Ztg.: 6.700.

Gesamtausgabe: 29.200.

Das Wochenblatt erscheint jeden Samstag und enthält in zwei Bogen großes Folioformat die wichtigsten Artikel auf dem Gebiete der Politik, des Handels, der Finanzen und der Landwirtschaft, sowie des Heimatkundes, welche im Laufe der Woche in der täglichen „Frankfurter Zeitung“ erscheinen. Außerdem bringt dasselbe eine überfällige Wochentümmlung, die „Wochenwoche“, sowie den wöchentlichen Bericht über den „Warenmarkt“ der „Frankfurter Zeitung.“

Wer die „Frankfurter Zeitung“ kennen lernen und lesen will, ohne das tägliche Blatt kaufen zu können, der abonniert auf das Wochenblatt, das größte und wichtigste Wochentümmlung.

Das „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung“ kann durch alle Postämter (Zeitungspoststellen Nr. 4500) zum Preis von

1 Mark. 25 Pf. pro Quartal

einfachstlich des Postauschlags durch den Buchhandel zum Preis von M. 1. 50 einfache Postabonnement bezogen werden.

Für die Kinder des Weltjugendvereins kostet das Blatt von der Expedition direct bezogen 5 Mark pro Semester.

Inserate für das in allen Theilen Deutschlands, in Österreich und der Schweiz, England, Frankreich, Holland und Belgien, Italien, Spanien, Schweden und Dänemark, Turkei, Rumänien, Nord- und Südamerika, Australien, Südafrika und China verbreitete Blatt werden mit 50 Pf. per Zeile berechnet.

Expedition der Frankfurter Zeitung

in Frankfurt am Main

[723]

Große Eschenheimerstraße 37.

Au Petit St-Thomas

PARIS

Rue du Bac PARIS

Das älteste der grossen Nouveautés-Häuser der französischen Hauptstadt, unter dem Patronat der Damen der Pariser haute volée, rühmlichst bekannt seit fast einem Jahrhundert wegen des ausgezeichneten Geschmacks seiner Stoffe, der Solidität und der hohen Eleganz seiner Costüme und Conféctions-Artikel für Damen und Kinder. Sein unabänderliches Prinzip, nur Stoffe erster Qualität zum möglichst niedrigsten Preise zu verkaufen, hat ihm allseitiges Vertrauen verschafft.

DENJENIGEN DAMEN, welche sich nach der neuesten Pariser Mode zu kleiden wünschen, rathen wir an, ihre Adresse von jetzt ab den **Grands Magasins du Petit St-Thomas** zu übermitteln, damit sie deren Nouveautés-Katalog der Frühlings- und Sommer-Saison, welcher sich z. Z. im Druck befindet, gratis und franco zugesandt erhalten.

Au Petit St-Thomas

Leipziger Tageskalender vom 26. März.

Del Bechio's Kunstausstellung (Kunsthalle 10—4 Uhr).

Bibliotheken:

Universitäts-Bibliothek 11—1 Uhr. Das Lesesimmer geöffnet von 10—1 Uhr.

Stadt-Bibliothek 3—5 Uhr.

Städtisches Museum 10—4 Uhr (freier Eintritt).

Zoologisches Museum im Augusteum (jeden

Mittwoch u. Sonnabend) ½ 10—½ 12 Uhr.

Archäologisches Museum, Fridericianum an der alten Bürgerschule, 10—12 Uhr.

Kunst-Gewerbe-Museum und Porzellansammlung für Kunstgewerbe, Thomaskirchhof 20, Sonnt. 10 bis 1, Mont., Mittw. u. Freit. 11 bis 1 Uhr. Mittags unentgeltlich geöffnet. Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgew. Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 12—1 Uhr.

Patentschriften liegen auf Neumarkt 19, I. Handelskammer) 9—12; 3—5.

Neues Theater.

Mittwoch, 26. März. Curyanthe.

Altes Theater.

Mittwoch, 26. März. Doctor Klaus.

[714—15]

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau.

General-Abschluss am 31. December 1878.

Bilanz-Conto.

Debet.

Credit.

	M	S
An Cassa-Conto für den baaren Cassenbestand	149,872	34
" Rimessem-Conto, für vorrätige Wechsel	98,118	68
" Conto-Corrent-Conto Lit. A., für die Guthaben bei Banquiers abzüglich des Guthabens der Stadt Luckenwalde	150,379	44
" Conto-Corrent-Conto Lit. B., für Vorschüsse an Lieferanten	3,858	69
" Immobilien-Conto, für den Werth des Directorial-Gebäudes	[147,640	96
" Mobilien-Conto, für das Inventarium des Central-Bureau	7,115	—
" Conto der photometrischen Instrumente und des Laboratoriums, für das Inventarium der physikalischen und chemischen Apparate	4,633	51
" Gasmeister-Werkstatt-Conto, für die Kosten des Werkstatt-Gebäudes, Einrichtung der Werkstatt etc.	81,078	12
" Conto der geleisteten Cautionen, für die von uns in 5 Städten deponirten Cautionen	25,350	70
Conti der Anstalten, für deren Bau und Betriebs-Capitalien: Saldi per 31. December 1878:		
1. Frankfurt a. d. O.	Mk. 988,715. 66.	
2. Mülheim a. d. R.	796,802. 08.	
3. Potsdam-Nemendorf	1,312,944. 67.	
4. Dessau	687,420. 08.	
5. Luckenwalde	354,787. 04.	
6. Gladbach-Rheydt-Odenkirchen	1,735,867. 38.	
7. Hagen-Herdecke	917,114. 75.	
8. Warschau-Praga	3,991,106. 09.	
9. Erfurt	755,675. —.	
10. Krakau-Podgorze	725,950. 99.	
11. Nordhausen	461,449. 19.	
12. Lemberg	1,084,415. 91.	
13. Gotha	739,768. 66.	
14. Ruhrort	572,594. 36.	
15. Bremen	381,589. 40.	
16. Herbesthal	80,513. 22.	
	Mk. 16,536,764. 48.	
Gewinn-Saldi, nach den Special-Ab schlüssen dieser Anstalten	2,061,386. 28.	
	17,598,150	76
	Summa	18,241,193

	M	S
Per Action-Capital-Conto, für das Stamm-Capital von 50,000 Stück Action à Mk. 300 ab nicht eingezahlte 113 Stück à Mk. 300 Mk. 33,900. —.	Mk. 15,000,000. —.	
4887 Stück à Mk. 180 879,660. —.	913,560. —.	
" Dividenden-Conto pro 1876—1877, für noch nicht erworbenen Dividendencheine von Stangen'sches Fideicommiss, für dessen Hypothekenforderung	2,614	—
" Zinsen-Conto, für Zinsen a novo	12,900	—
" Agio-Conto, für Gewinn an der Emission von 1878, 20 Prozent auf 4887 Stück Action Mk. 293,220. —.	1,120	15
Hierzu zur statutenmässigen Verwendung gelangt	169,764. 23.	
Reservefonds-Conto, für den Bestand aus dem Vorjahr	Mk. 1,350,000. —.	
Hierzu: Quote pro 1878	75,000. —.	
Coqui'sches Legat	3,807	50
" Amortisations-Conto von 4 Anstalten. Bestand aus dem Vorjahr	Mk. 503,758. 09.	
Hierzu: Quote pro 1878	60,268. 19.	
Feuerversicherungs-Conto. Bestand aus dem Vorjahr	Mk. 87,110. 46.	
Hierzu: Quote pro 1878	4,880. 29.	
General-Unterstützungs-Conto für den Bestand	5,035	44
Gewinn- und Verlust-Conto, für den Reingewinn	1,925,303	31
Vertheilung des Saldo des Gewinn- und Verlust-Conto's:		
Saldo laut Bilanz	Mk. 1,925,303. 31.	
Hierzu ab: Tantame des Directoriums mit 5 Proz. von Mk. 1,920,959. 46.	96,047. 28.	
	Mk. 1,829,256. 03.	
Dividende auf 45,000 St. Action à 13 Proz.	Mk. 39	1,755,000. —.
Zinsen auf 4887 Stück Action à Mk. 3. 60	17,593. 20.	Mk. 1,772,599. 20.
Bleibt Saldo-Vortrag auf Gewinn- und Verlust-Conto pro 1879	Mk. 56,662. 83.	
	Summa	18,241,193

Gewinn- und Verlust-Conto.

Credit.

	M	S
An Immobilien-Conto, für Abschreibung vom Werthe des Directorial-Gebäudes	3,000	—
" Mobilien-Conto, für Abschreibung vom Werthe des Inventariums	790	58
" Conto der photometrischen Instrumente und des Laboratoriums, für Abschreibung und Verbrauch an Materialien	230	71
" Salair-Conto, für Gehälter, Pensionen und Remunerationen	72,913	61
" Zinsen-Conto, für Banquier- und Wechselsinsen	27,776	11
" Provisions-Conto, für Banquier-Provisionen, Courtagen etc.	11,798	69
" General-Unterstützungs-Conto, für Arbeiter-Unterstützungen und Unfall-Versicherungs-Prämien	7,872	87
" General-Umkosten-Conto.		
Für Bureau-Einrichtungs-Kosten, Reparaturen, Unterhaltung der Gebäude etc.	Mk. 3,291. 99.	
Werth- und Wechselstempel	1,294. 10.	
Insertionsgebühren, Zeitungen, Journales etc.	2,336. 34.	
Reise-Kosten, Diäten etc.	4,790. —.	
Schreibmaterialien, Buchbinderearbeiten etc.	577. —.	
Notariats-Gebühren, Gerichts-Kosten etc.	69. 90.	
Porti und Telegraphen-Gebühren	772. 82.	
Beleuchtung und Heizung	4,166. 96.	
Diverse Drucksachen	298. 90.	
Remunerationen und Geschenke	3,729. —.	
Steuern und diverse allgemeine Ausgaben	986. 56.	
	22,297	56
Bilanz-Conto.		
Für den Reingewinn	1,925,303	31
	Summa	2,071,918

	M	S
Per Saldo-Vortrag aus dem Rechnungsjahr 1877	4,343	86
" Gasmeister-Werkstatt-Conto.		
Für den Betriebs-Uberschuss	6,188	25
" Conto der 16 Gas-Anstalten.		
Für den Reingewinn aus der Betriebs-Periode 1878	2,061,898	28
	Summa	2,071,918

[724]

Schnepfenstrich und Auerhahnbalze.

On Stahel's Verlag in Würzburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Praktische Jagdkunde im Rucksack

von
G. G. Freiberr v. Thüngen.
5. Heft. Die Wildschneppse. Preis 75 M.
6. Heft. Das Auerwild. Preis 75 M.
Die früheren Lieferungen enthielten:
Lieferung 1. 2. Das Rehwild und seine Jagd, nebst Einleitung in die Jagdkunde und den Statuten des deutschen und bayerischen Jagdschuh-Bvereins. Preis M. 1. 60.—
Lieferung 3. Das Schwarzwild. Preis 75 M.—
Lieferung 4. Die Wildente. Preis 75 M.—
Subscriptionspreis für alle 6 Bändchen zusammenommen M. 3. 60.
Allen Jägern und Jagdstreunden bestens empfohlen. [731]

Erziehungs-Anstalt für junge Mädchen in Fiez, bei Grandson (Canton Waadt).

Die Damen Gilliard-Masson nehmen in ihrem Hause eine beschränkte Anzahl junger Mädchen auf, die in demselben eine sorgfältige Erziehung finden können, sowie Unterricht in allen Fächern des Studiums moderner Sprachen und verschiedener Künste und ein angenehmes Familienleben.

Prospectus und Referenzen werden auf Wunsch ertheilt. (H 321 L) [346—49]

Einundzwanzigstes und letztes
Abonnement-Concert im Saale des Gewandhauses zu Leipzig.
Donnerstag, den 27. März 1879.

Compositionen v. L. van Beethoven,
gestorben den 26. März 1827.
Erster Theil. Musik zu Goethe's Trauerspiel „Egmont“. Die verbindenden Worte von Mosengeil, gesprochen

von dem Königl. Sächsischen Hofschauspieler Herrn Jaffé, die Lieder gesungen von Fräulein Schotz.

Zweiter Theil. Symphonie (Nr. 5, C-moll).

Billets à 3 M., Sperrsitz à 4 M., sind im Bureau der Concert-Direction sowie am Haupteingange des Saales zu haben.
Einlass um 6 Uhr. Anfang 1/2 Uhr.
Ende 1/2 Uhr.

Die Concert-Direction.
Eintrittskarten zur Hauptprobe, welche Mittwoch, den 26. März, Vormittags um 10 Uhr stattfindet, sind à 2 M. am Eingange des Saales zu haben. [732]

Lehrling!

Ich suche für mein Tuchgeschäft ein gross & en détail einen Lehrling mit den nötigen Schulkenntnissen zum sofortigen Antritt. [712—13]

Theodor Freundlich, Stettin.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Georg Esche in Limbach mit Jul. Alma Köselitz. — Dr. Karl Springer in Leipziger mit Fr. Bertha Müller in Fischendorf.

Geboren: Dr. Camillo Leitmann in Geithain ein Sohn.

Gestorben: Dr. Kaufmann Johann Friederich Voettner in Kamenz. — Dr. Schumachermeister Gottlieb Dörr in Altdörfel.

— Frau Anna Döring in Altdörfel. — Frau Marie Ehniß, geb. Wehinger, in Dresden. — Dr. Karl Fischer in Görlitz.

— Frau Friederike verm. Harnisch in Leipzig. — Dr. Eisenbahnermeister Dr. G. Hause in Dahlem. — Frau Marie Planer in Leipzig. — Dr. Rittergutsbesitzer Albert Reinhard v. Schlieben in Hößberg.

Dr. Kaufmann Erhard Schneider in Leipzig.

Ver